

Referentenentwurf

des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

Verordnung zur Ablösung der Verordnung über den Vorbereitungsdienste für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes

A. Problem und Ziel

Nach der Änderung der Kriminallaufbahnverordnung (KrimLV) vom 29. Oktober 2019 mit der Eröffnung des Zugangs zur Laufbahndes gehobenen Kriminaldienstes für die Cyberkriminalistinnen und Cyberkriminalisten sowie der Einführung des verkürzten Vorbereitungsdienstes muss die Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes (GKrimDVDV) ebenfalls geändert werden, denn die Cyberkriminalistinnen und Cyberkriminalisten und Anwärterinnen und Anwärter, für die der Vorbereitungsdienst verkürzt werden soll, haben andere Zugangsvoraussetzungen, Module usw. als die Bachelorstudenten.

Darüber hinaus müssen die Regelungen über die Vorbereitungsdienste an die durch die Verordnung vom 18. Januar 2017 geänderten Vorgaben der Bundeslaufbahnverordnung (BLV) angepasst und das polizeiliche Einsatztraining auf Verordnungsebene geregelt werden, damit ein Versagen in diesem Bereich auch zum Ausschluss führen kann.

B. Lösung

Die GKrimDVDV wird um die Regelungen für die Cyberkriminalistinnen und Cyberkriminalisten und der Ausbildungsverkürzerinnen und Ausbildungsverkürzer in separaten Teilen erweitert.

Die für alle Vorbereitungsdienste geltenden Regelungen werden in einem Allgemeinen Teil behandelt. In weiteren Teilen der werden die Ausrichtungen des Bachelorstudiums (Studium) sowie die Qualifizierungen zu Cyberkriminalistinnen und Cyberkriminalisten und der Ausbildungsverkürzerinnen und Ausbildungsverkürzer geregelt. Dadurch können voneinander abweichende Regelungen getroffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Der Vollzug der neuen Verordnung führt nicht zu höheren Verwaltungsausgaben, da die Aufgaben mit den vorhandenen Ressourcen bewältigt werden können.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Durch die neue Verordnung ergibt sich weder für die betroffenen Anwärterinnen und Anwärter und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch für Dritte ein höherer Erfüllungsaufwand als nach der geltenden Verordnung.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Es entsteht kein Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten:

Der Wirtschaft entstehen keine Bürokratiekosten aus neuen oder erweiterten Informationspflichten.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Vor und zu Beginn der Qualifizierungsmaßnahmen entsteht ein punktueller Mehraufwand durch erhöhte Abstimmungserfordernisse und der Lehrgangsorganisation. Der Mehraufwand auch an Lehrveranstaltungen kann mit dem vorhandenen Personal abgedeckt werden. Zudem reduziert sich der Verwaltungsaufwand dadurch, dass Studierende, die einen Bachelorabschluss aufweisen, einen verkürzten Vorbereitungsdienst von zwei anstelle von drei Jahren absolvieren.

F. Weitere Kosten

Die Wirtschaft und insbesondere die mittelständischen Unternehmen sind von den Regelungen nicht betroffen. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

Verordnung zur Ablösung der Verordnung über den Vorbereitungsdienste für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes

Vom ...

Auf Grund des § 3 Absatz 2 Satz 3 in Verbindung mit Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a des Bundespolizeibeamtengesetzes, von denen § 3 Absatz 2 Satz 3 durch Artikel 52 Nummer 2 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat:

Inhaltsübersicht

- | | |
|-----------|---|
| Artikel 1 | Verordnung über die Vorbereitungsdienste für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes (GKrimDVDV) |
| Artikel 2 | Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den höheren Kriminaldienst des Bundes |
| Artikel 3 | Inkrafttreten, Außerkrafttreten |

Artikel 1

Verordnung über die Vorbereitungsdienste für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes

(GKrimDVDV)

Inhaltsübersicht

T e i l 1

A l l g e m e i n e s

- | | |
|-----|----------------------------------|
| § 1 | Vorbereitungsdienste |
| § 2 | Dienstbehörde |
| § 3 | Dienstaufsicht |
| § 4 | Erholungsurlaub |
| § 5 | Bewertung von Prüfungsleistungen |

T e i l 2

S t u d i u m

A b s c h n i t t 1

Auswahlverfahren für das Studium

- | | |
|-----|---|
| § 6 | Auswahlverfahren und Zulassung zum Auswahlverfahren |
|-----|---|

- § 7 Auswahlkommission
- § 8 Einstellung

A b s c h n i t t 2 S t u d i e n o r d n u n g

Unterabschnitt 1 Allgemeines

- § 9 Ziel des Studiums
- § 10 Dauer des Studiums
- § 11 Gliederung des Studiums und Teilnahmepflicht

Unterabschnitt 2 Module

- § 12 Verteilung und Inhalt der Module
- § 13 Durchführungsort
- § 14 Gestaltung und Organisation der praxisintegrierenden Studienzeiten
- § 15 Ausbildungsplan für die praxisintegrierenden Studienzeiten
- § 16 Ausbildungsverantwortliche für die praxisintegrierenden Studienzeiten

Unterabschnitt 3 Polizeispezifische Trainings

- § 17 Durchführung und Inhalt der polizeispezifischen Trainings
- § 18 Praktische Prüfungen in den polizeispezifischen Trainings

A b s c h n i t t 3 L a u f b a h n p r ü f u n g

Unterabschnitt 1 Allgemeines und Organisatorisches

- § 19 Zweck der Laufbahnprüfung
- § 20 Bestandteile der Laufbahnprüfung
- § 21 Prüfungsamt der Laufbahnprüfung

Unterabschnitt 2 Modulprüfungen

- § 22 Module mit Modulprüfungen
- § 23 Modulprüfungen in den fachtheoretischen Studienzeiten
- § 24 Zwischenprüfung und Bescheinigung über die Zwischenprüfung

- § 25 Modulprüfungen in den praxisintegrierenden Studienzeiten
- § 26 Prüfende für die Modulprüfungen
- § 27 Bestehen einer Modulprüfung
- § 28 Wiederholung von Modulprüfungen

Unterabschnitt 3 Bachelorarbeit

- § 29 Bestandteile der Bachelorarbeit
- § 30 Zweck der Thesis
- § 31 Thema der Thesis
- § 32 Abgabetermin und Bearbeitungszeit für die Thesis
- § 33 Prüfende für die Thesis
- § 34 Betreuung bei Anfertigung der Thesis
- § 35 Freistellung vom Dienst
- § 36 Vorgaben für die Form der Thesis
- § 37 Abgabe der Thesis
- § 38 Bestehen der Thesis
- § 39 Wiederholung der Thesis
- § 40 Zulassung zur Verteidigung
- § 41 Termin für die Verteidigung
- § 42 Prüfungskommission
- § 43 Durchführung und Bestandteile der Verteidigung
- § 44 Zuhörerinnen und Zuhörer bei der Verteidigung
- § 45 Protokoll über die Verteidigung
- § 46 Bewertung der Verteidigung
- § 47 Bestehen der Verteidigung
- § 48 Wiederholung der Verteidigung
- § 49 Rangpunktzahl und Note der Bachelorarbeit

Unterabschnitt 4 Weitere Prüfungsbestimmungen

- § 50 Bestehen der Laufbahnprüfung
- § 51 Akademischer Grad
- § 52 Rangpunktzahl der Laufbahnprüfung und Gesamtnote
- § 53 Bescheinigung über die erbrachten Studienleistungen
- § 54 Abschlusszeugnis und Diploma Supplement

- § 55 Bescheid bei Nichtbestehen der Laufbahnprüfung
- § 56 Prüfungsakten und Einsichtnahme

Abschnitt 4

Anerkennung anderer Studien- und Prüfungsleistungen

- § 57 Voraussetzungen für die Anerkennung

Teil 3

Kriminalpolizeifachliche Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“

Abschnitt 1

Auswahlverfahren für die kriminalpolizeifachliche Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“

- § 58 Auswahlverfahren und Zulassung zum Auswahlverfahren
- § 59 Einstellung

Abschnitt 2

Inhalt der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“

- § 60 Ziel der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung und Dauer
- § 61 Präsenzlehrveranstaltungen und Freistellung vom Dienst
- § 62 Gliederung der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung
- § 63 Verteilung und Inhalt der Module
- § 64 Durchführungsort
- § 65 Dienstliche Beurteilung für Modul 5
- § 66 Durchführung und Inhalt der polizeispezifischen Trainings
- § 67 Praktische Prüfungen

Abschnitt 3

Modulprüfungen

- § 68 Prüfungsamt
- § 69 Module mit Modulprüfungen
- § 70 Zeitpunkt der Modulprüfung
- § 71 Klausur
- § 72 Kennzeichnung der Klausuren
- § 73 Prüfende für die Klausuren
- § 74 Bestehen einer Modulprüfung
- § 75 Wiederholung von Modulprüfungen

Abschnitt 4 Mündliche Abschlussprüfung

- § 76 Prüfungsamt
- § 77 Zulassung zur mündlichen Abschlussprüfung
- § 78 Zeitpunkt der mündlichen Abschlussprüfung
- § 79 Prüfungskommission
- § 80 Inhalt der mündlichen Abschlussprüfung
- § 81 Durchführung und Dauer der mündlichen Abschlussprüfung
- § 82 Protokoll zur mündlichen Abschlussprüfung
- § 83 Bewertung der mündlichen Abschlussprüfung
- § 84 Bestehen der mündlichen Abschlussprüfung
- § 85 Wiederholung der mündlichen Abschlussprüfung

Abschnitt 5 Abschluss der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung

- § 86 Erfolgreiche Teilnahme an der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung
- § 87 Rangpunktzahl der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung und Gesamtnote
- § 88 Abschlusszeugnis
- § 89 Bescheid bei endgültigem Nichtbestehen
- § 90 Prüfungsakten und Einsichtnahme

Teil 4 Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“

Abschnitt 1 Auswahlverfahren für die Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“

- § 91 Auswahlverfahren und Zulassung zum Auswahlverfahren
- § 92 Auswahlkommission
- § 93 Einstellung

Abschnitt 2 Inhalt der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“

- § 94 Ziel der Qualifizierungsmaßnahme
- § 95 Dauer der Qualifizierungsmaßnahme
- § 96 Präsenzlehrveranstaltungen und Freistellung vom Dienst
- § 97 Gliederung der Qualifizierungsmaßnahme

- § 98 Verteilung und Inhalt der Module
- § 99 Durchführungsort
- § 100 Durchführung und Inhalt der polizeispezifischen Trainings
- § 101 Praktische Prüfungen

A b s c h n i t t 3

M o d u l p r ü f u n g e n

- § 102 Prüfungsamt
- § 103 Module mit Modulprüfungen
- § 104 Zeitpunkt der Modulprüfungen
- § 105 Klausur
- § 106 Kennzeichnung der Klausuren
- § 107 Prüfende für die Klausuren
- § 108 Bestehen einer Modulprüfung
- § 109 Wiederholung von Modulprüfungen

A b s c h n i t t 4

M ü n d l i c h e A b s c h l u s s p r ü f u n g

- § 110 Prüfungsamt
- § 111 Zulassung zur mündlichen Abschlussprüfung
- § 112 Zeitpunkt der mündlichen Abschlussprüfung
- § 113 Prüfungskommission
- § 114 Inhalt der mündlichen Abschlussprüfung
- § 115 Durchführung und Dauer der mündlichen Abschlussprüfung
- § 116 Protokoll zur mündlichen Abschlussprüfung
- § 117 Bewertung der mündlichen Abschlussprüfung
- § 118 Bestehen der mündlichen Abschlussprüfung
- § 119 Wiederholung der mündlichen Abschlussprüfung

A b s c h n i t t 5

A b s c h l u s s d e r Q u a l i f i z i e r u n g s m a ß n a h m e „ A u s b i l d u n g s v e r k ü r - z u n g “

- § 120 Erfolgreiche Teilnahme an der Qualifizierungsmaßnahme
- § 121 Rangpunktzahl der Qualifizierungsmaßnahme und Gesamtnote
- § 122 Abschlusszeugnis
- § 123 Bescheid bei endgültigem Nichtbestehen
- § 124 Prüfungsakten und Einsichtnahme

Teil 5

Verhinderung und Ordnungsverstöße bei Prüfungen

§ 125 Verhinderung bei einer Prüfung oder einem Prüfungsteil

§ 126 Ordnungsverstöße bei einer Prüfung oder einem Prüfungsteil

Teil 1

Allgemeines

§ 1

Vorbereitungsdienste

Vorbereitungsdienste für die Laufbahn des gehobenen Kriminaldienstes des Bundes sind

1. das Bachelorstudium „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt“,
2. die kriminalpolizeifachliche Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ für den „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt“ oder
3. die verkürzte Qualifizierung für den „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt“.

Soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist, werden die Vorbereitungsdienste an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (Hochschule) durchgeführt.

§ 2

Dienstbehörde

(1) Die Studierenden sind Beamtinnen und Beamte des Bundeskriminalamts.

(2) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ sind während der Dauer der Qualifizierungsmaßnahme Arbeitnehmer. Falls sie bei der Bewerbung Beamtinnen oder Beamte des Bundeskriminalamts waren, besteht das Beamtenverhältnis während der Qualifizierungsmaßnahme im Bereich „Cyberkriminalität“ fort.

(3) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ sind Beamtinnen und Beamte des Bundeskriminalamts.

§ 3

Dienstaufsicht

(1) Die Studierenden unterstehen der Dienstaufsicht der Präsidentin oder des Präsidenten des Bundeskriminalamts

1. während der Ausbildung an der Hochschule (§ 13 Absatz 1) und

2. während der Ausbildung bei einer Kriminalpolizeidienststelle einer Landespolizei und beim Bundeskriminalamt (§ 13 Absatz 2).

Während der praxisintegrierenden Studienzeiten bei einer Kriminalpolizeidienststelle eines Landes unterstehen sie auch der Dienstaufsicht der Leitung dieser Dienststelle.

(2) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ unterstehen der Dienstaufsicht der Präsidentin oder des Präsidenten des Bundeskriminalamts

1. während der Ausbildung an der Hochschule (§ 64 Absatz 1) und
2. während der Ausbildung beim Bundeskriminalamt (§ 64 Absatz 2).

(3) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ unterstehen der Dienstaufsicht der Präsidentin oder des Präsidenten des Bundeskriminalamts

1. während der Ausbildung an der Hochschule (§ 99 Absatz 1) und
2. während der Ausbildung bei den Kriminalpolizeidienststellen der Länder und beim Bundeskriminalamt (§ 99 Absatz 2).

Während der Fachpraxis außerhalb des Bundeskriminalamts unterstehen sie auch der Dienstaufsicht der Leitungen der Kriminalpolizeidienststellen der Länder.

§ 4

Erholungsurlaub

Die Zeiten des Erholungsurlaubs werden von der Hochschule bestimmt.

§ 5

Bewertung von Prüfungsleistungen

(1) Die in den Prüfungen des Vorbereitungsdienstes erbrachten Leistungen werden wie folgt bewertet:

	Prozentualer Anteil der erreichten Punktzahl an der erreichbaren Punktzahl	Rangpunkte/ Rangpunktzahl	Note	Notendefinition
	1	2	3	4
1	93,70 bis 100,00	15	sehr gut	eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maß entspricht
2	87,50 bis 93,69	14		
3	83,40 bis 87,49	13	gut	eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht
4	79,20 bis 83,39	12		
5	75,00 bis 79,19	11		
6	70,90 bis 74,99	10	befriedigend	eine Leistung, die im Allgemeinen den Anforderungen entspricht
7	66,70 bis 70,89	9		
8	62,50 bis 66,69	8		
9	58,40 bis 62,49	7	ausreichend	eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht
10	54,20 bis 58,39	6		
11	50,00 bis 54,19	5		
12	41,70 bis 49,99	4	mangelhaft	eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können
13	33,40 bis 41,69	3		
14	25,00 bis 33,39	2		
15	12,50 bis 24,99	1	ungenügend	eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können
16	0,00 bis 12,49	0		

(2) Bei der Bewertung sind neben der fachlichen Leistung auch die Gliederung und Klarheit der Darstellung zu berücksichtigen.

(3) Werden Leistungen von zwei Prüfenden bewertet oder werden die Bewertungen mehrerer Leistungen zu einer Bewertung zusammengefasst, so wird als Bewertung eine Rangpunktzahl berechnet. Bei der Bewertung durch zwei Prüfende ist die Rangpunktzahl das arithmetische Mittel aus den beiden einzelnen Bewertungen.

(4) Rangpunktzahlen werden auf zwei Nachkommastellen ohne Rundung berechnet.

Teil 2

Studium

Abschnitt 1

Auswahlverfahren für das Studium

§ 6

Auswahlverfahren und Zulassung zum Auswahlverfahren

(1) In einem Auswahlverfahren wird festgestellt, ob die Bewerberinnen und Bewerber nach ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und persönlichen Eigenschaften für das Studium geeignet sind.

(2) Das Auswahlverfahren wird beim Bundeskriminalamt durchgeführt.

(3) Zum Auswahlverfahren wird zugelassen, wer nach den eingereichten Unterlagen die in der Ausschreibung bestimmten Voraussetzungen erfüllt. Übersteigt die Zahl der geeigneten Bewerberinnen und Bewerber das Dreifache der Zahl an Studienplätzen, so kann die Zahl der am Auswahlverfahren Teilnehmenden auf das Dreifache der Zahl an Studienplätzen beschränkt werden. In diesem Fall wird zugelassen, wer nach den eingereichten Unterlagen am besten geeignet ist.

(4) Wer nicht zum Auswahlverfahren zugelassen wird, erhält eine elektronische Mitteilung über die Nichtzulassung. Die Bewerbungsunterlagen sind dem Bewerber auf seine Kosten zurückzusenden, wenn er die Rücksendung verlangt; ansonsten sind sie zu vernichten. Elektronisch eingesandte Bewerbungsunterlagen sind endgültig zu löschen.

(5) Die Auswahlkommission entscheidet nach den Ergebnissen des schriftlichen und des mündlichen Teils des Auswahlverfahrens, wer zur Prüfung der körperlichen Tauglichkeit zugelassen wird. Wer zum Auswahlverfahren oder zur Prüfung der körperlichen Tauglichkeit nicht zugelassen wird oder daran erfolglos teilgenommen hat, erhält eine elektronische Mitteilung.

§ 7

Auswahlkommission

(1) Für die Durchführung des Auswahlverfahrens richtet das Bundeskriminalamt eine Auswahlkommission ein. Bei Bedarf können mehrere Auswahlkommissionen eingerichtet werden. In diesem Fall stellt das Bundeskriminalamt sicher, dass alle Auswahlkommissionen den gleichen Bewertungsmaßstab anlegen.

(2) Die Auswahlkommission soll geschlechterparitätisch besetzt sein. Sie besteht aus mindestens einer Beamtin oder einem Beamten des höheren Dienstes und einer Beamtin oder einem Beamten des gehobenen Dienstes. Mindestens ein Mitglied der Auswahlkommission soll die Laufbahnbefähigung für den gehobenen oder höheren Kriminaldienst besitzen.

(3) Die Mitglieder der Auswahlkommission werden vom Bundeskriminalamt bestellt. Die Bestellung kann widerrufen werden.

(4) Eine Angehörige oder ein Angehöriger des Fachbereichs Kriminalpolizei der Hochschule ist berechtigt, am Auswahlverfahren als stimmberechtigtes Mitglied der Auswahlkommission teilzunehmen.

(5) Die Mitglieder der Auswahlkommission sind bei ihren Entscheidungen unabhängig und nicht weisungsgebunden.

§ 8

Einstellung

(1) In den Vorbereitungsdienst kann eingestellt werden, wer

1. erfolgreich am Auswahlverfahren teilgenommen hat,
2. die Einstellungs Voraussetzungen nach dem Bundesbeamtengesetz und der Kriminallaufbahnverordnung erfüllt und
3. den besonderen gesundheitlichen Anforderungen gerecht wird, die an Beamtinnen und Beamte im Polizeivollzugsdienst gestellt werden.

(2) In den Vorbereitungsdienst soll nur eingestellt werden, wer

1. über Englischkenntnisse auf dem Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen verfügt und
2. die Fahrerlaubnis der Klasse B besitzt.

(3) Wer am Auswahlverfahren teilgenommen hat, aber nicht eingestellt wird, erhält eine elektronische Mitteilung. Die Bewerbungsunterlagen sind dem Bewerber auf seine Kosten zurückzusenden, wenn er die Rücksendung verlangt; ansonsten sind sie zu vernichten. Elektronisch eingesandte Bewerbungsunterlagen sind endgültig zu löschen.

Abschnitt 2

Studienordnung

Unterabschnitt 1

Allgemeines

§ 9

Ziel des Studiums

Das Studium hat insbesondere zum Ziel,

1. den Studierenden die wissenschaftlichen Methoden und akademischen Standards sowie die berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, die für die Erfüllung der Aufgaben im gehobenen Kriminaldienst des Bundes erforderlich sind,
2. die Studierenden zu verantwortlichem polizeilichen Handeln im freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu befähigen,
3. die Studierenden zur Zusammenarbeit im europäischen und internationalen Raum zu befähigen und
4. die Studierenden zu befähigen, dass sie ihre Kompetenzen weiterentwickeln, um den ständig wachsenden Herausforderungen des Polizeivollzugsdienstes gerecht zu werden.

§ 10

Dauer des Studiums

(1) Das Studium dauert nach § 13 Absatz 1 Satz 1 der Bundeslaufbahnverordnung in der Regel sechs Semester.

(2) Das Studium ist so zu konzipieren, dass die Studierenden je Semester 30 Leistungspunkte nach dem Europäischen System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen erwerben können.

§ 11

Gliederung des Studiums und Teilnahmepflicht

(1) Das Studium gliedert sich in

1. Module und
2. polizeispezifische Trainings.

(2) Der Studienverlauf richtet sich nach dem Modulhandbuch „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt“, welches bei Beginn der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung gilt.

(3) Die Teilnahme an den Lehrveranstaltungen der Module und an den polizeispezifischen Trainings ist verpflichtend.

Unterabschnitt 2

Module

§ 12

Verteilung und Inhalt der Module

(1) Die Module des Studiums verteilen sich wie folgt auf die Studienabschnitte:

Fachstudien I	Modul 1	Staatsrechtliche und politische Grundlagen des Verwaltungshandelns
	Modul 2	Rechtliche Grundlagen des Verwaltungshandelns, soweit nicht in Modul 4
	Modul 3	Ökonomische Grundlagen des Verwaltungshandelns
	Modul 4	Sozialwissenschaftliche und dienstrechtliche Grundlagen des Verwaltungshandelns
Fachstudien II	Modul 5	Maßnahmen der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr, Teil 1: Grundlagen zu den Aufgaben, zur Organisation und zum Handeln der Polizei
	Modul 6	Grundlagen zu Kriminalität und Strafbarkeit, Massen- und Straßenkriminalität und besonderen Tätergruppen
	Modul 7	Maßnahmen der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr, Teil 2: Allgemeine und besondere Formen der Gewaltkriminalität
Praxisintegrierende Studienzeiten I	Modul 8	Polizeiliche Aufgabenerfüllung in der Praxis – Landespolizei
Fachstudien III	Modul 9	Das Bundeskriminalamt im nationalen, europäischen und internationalen Kontext: Zuständigkeiten, Zentralstellentätigkeit und Zusammenarbeit auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene
	Modul 10	Maßnahmen der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr, Teil 3: Polizeiliche Informationserhebung und Informationsverwendung sowie Phänomen Cybercrime
	Modul 11	Schwere Kriminalität, organisierte Kriminalität sowie Wirtschafts- und Finanzkriminalität
	Modul 12	Politisch motivierte Kriminalität
Praxisintegrierende Studienzeiten II	Modul 13	Polizeiliche Aufgabenerfüllung in der Praxis – Bundeskriminalamt
Bachelorarbeit	Modul 14	Thesis der Bachelorarbeit

(2) Die Einzelheiten der Studieninhalte und des Studienverlaufs legt die Hochschule in einem Modulhandbuch fest. Das Modulhandbuch wird auf der Website des Bundeskriminalamts veröffentlicht.

(3) Die Module 1 bis 14 sind interdisziplinär auszurichten.

(4) Der Inhalt der Module 1 bis 14 richtet sich nach dem Modulhandbuch „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt“. Der Inhalt der Module 1 bis 4 entspricht dem Inhalt des gemeinsamen fachbereichsübergreifenden Grundstudiums der Hochschule.

§ 13

Durchführungsort

(1) Die Fachstudien I werden als gemeinsames fachbereichsübergreifendes Grundstudium am Zentralbereich der Hochschule in Brühl durchgeführt. Die Fachstudien II und III sowie die Bachelorarbeit werden am Fachbereich Kriminalpolizei in Wiesbaden durchgeführt.

(2) Die praxisintegrierenden Studienzeiten I werden bei einer Kriminalpolizeidienststelle einer Landespolizei durchgeführt. Die praxisintegrierenden Studienzeiten II werden beim Bundeskriminalamt durchgeführt.

§ 14

Gestaltung und Organisation der praxisintegrierenden Studienzeiten

Die Hochschule bestimmt und überwacht die Gestaltung und die Organisation der praxisintegrierenden Studienzeiten.

§ 15

Ausbildungsplan für die praxisintegrierenden Studienzeiten

Für die praxisintegrierenden Studienzeiten erstellt die Hochschule für jede Studierende und jeden Studierenden einen Ausbildungsplan und gibt ihn der oder dem Studierenden bekannt.

§ 16

Ausbildungsverantwortliche für die praxisintegrierenden Studienzeiten

(1) Jede Ausbildungsbehörde bestellt im Benehmen mit der Hochschule

1. eine Beamtin oder einen Beamten als Ausbildungsverantwortliche oder Ausbildungsverantwortlichen für die praxisintegrierenden Studienzeiten und
2. eine Beamtin oder einen Beamten zur Vertretung.

(2) Die Ausbildungsverantwortlichen sind für die ordnungsgemäße Durchführung der praxisintegrierenden Studienzeiten verantwortlich. Während der praxisintegrierenden Studienzeiten beraten sie die Studierenden und die Auszubildenden.

Unterabschnitt 3

Polizeispezifische Trainings

§ 17

Durchführung und Inhalt der polizeispezifischen Trainings

(1) Die polizeispezifischen Trainings werden modulbegleitend in den fachtheoretischen Studienzeiten II und III durchgeführt.

(2) In den polizeispezifischen Trainings werden den Studierenden Fähigkeiten zur polizeispezifischen Sprachausbildung, des polizeilichen Situations- und Einsatztrainings und hinsichtlich der Dienstkunde vermittelt.

(3) Die Inhalte der polizeispezifischen Trainings richten sich nach dem Modulhandbuch „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt“.

§ 18

Praktische Prüfungen in den polizeispezifischen Trainings

(1) In den polizeispezifischen Trainings hat die oder der Studierende vor der praxisintegrierenden Studienzeit I zwei praktische Prüfungen abzulegen.

(2) Die Prüfungen finden nach den Lehrblocks des polizeispezifischen Trainings statt. Je eine Prüfung ist

1. die Überprüfung der Leistungen des Situations- oder Einsatztrainings und
2. die Kontrollübung Schießen.

(3) Die Prüfungen werden jeweils nur mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet.

(4) Für die Studierende oder den Studierenden, die oder der die beiden Prüfungen bestanden hat, erstellt das Prüfungsamt im Bundeskriminalamt einen qualifizierten Teilnahmeachweis. Mit ihm wird die regelmäßige Teilnahme an den polizeispezifischen Trainings und das Bestehen der beiden Prüfungen bescheinigt.

(5) Näheres regelt das Modulhandbuch „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt“.

(6) Das Bestehen der beiden Prüfungen ist Voraussetzung für die Teilnahme an der praxisintegrierenden Studienzeit I.

Abschnitt 3

Laufbahnprüfung

Unterabschnitt 1

Allgemeines und Organisatorisches

§ 19

Zweck der Laufbahnprüfung

Die Laufbahnprüfung dient dazu, die Eignung und Befähigung der oder des Studierenden für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes festzustellen.

§ 20

Bestandteile der Laufbahnprüfung

- (1) Die Bachelorprüfung ist die Laufbahnprüfung.
- (2) Die Laufbahnprüfung besteht aus
 - 1. den Modulprüfungen und
 - 2. der Bachelorarbeit.

§ 21

Prüfungsamt der Laufbahnprüfung

- (1) Für die Organisation und Durchführung der Modulprüfungen in den Modulen 1 bis 4 ist das Prüfungsamt für das Grundstudium am Zentralbereich der Hochschule zuständig.
- (2) Für die Organisation und Durchführung der Modulprüfungen in den Modulen 5 bis 13 ist das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt zuständig.
- (3) Für die Organisation und Durchführung der Bachelorarbeit ist ebenfalls das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt zuständig.
- (4) Das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt kann seine Aufgaben auf die Hochschule übertragen.
- (5) Das Prüfungsamt gewährleistet, dass die Prüfungen ordnungsgemäß durchgeführt werden.

Unterabschnitt 2

Modulprüfungen

§ 22

Module mit Modulprüfungen

(1) In jedem der Module 1 bis 13 hat die oder der Studierende eine Modulprüfung abzulegen.

(2) Die Modulprüfungen sollen spätestens eine Woche vor der Verteidigung der Bachelorarbeit abgeschlossen sein.

§ 23

Modulprüfungen in den fachtheoretischen Studienzeiten

(1) In den Modulen 1 bis 7 und 9 bis 12 wird die Modulprüfung durchgeführt in Form

1. einer Klausur,
2. einer Präsentation,
3. einer Hausarbeit,
4. eines Lehrveranstaltungsprotokolls oder
5. eines Kurzvortrags.

(2) Eine Modulprüfung kann aus mehreren Prüfungsteilen bestehen.

(3) Näheres regelt das Modulhandbuch „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt“.

§ 24

Zwischenprüfung und Bescheinigung über die Zwischenprüfung

(1) Die Modulprüfungen in den Modulen 1 bis 4 entsprechen der Zwischenprüfung des gemeinsamen fachbereichsübergreifenden Grundstudiums der Hochschule.

(2) Über die Zwischenprüfung erstellt das Prüfungsamt am Zentralbereich der Hochschule der oder dem Studierenden eine gesonderte Bescheinigung. In der gesonderten Bescheinigung sind die Rangpunkte anzugeben, die die oder der Studierende in den Modulprüfungen in den Modulen 1 bis 4 erreicht hat.

§ 25

Modulprüfungen in den praxisintegrierenden Studienzeiten

(1) Im Modul 8 besteht die Modulprüfung aus

1. der Erstellung eines Praktikumsberichts und
2. der dienstlichen Bewertung.

(2) Im Modul 13 ist die Modulprüfung die dienstliche Bewertung.

(3) Die dienstliche Bewertung wird von der oder dem Ausbildenden erstellt. Dabei sind die Ausbildungsverantwortlichen zu beteiligen. Die dienstliche Bewertung enthält neben den Rangpunkten die wesentlichen Leistungs- und Befähigungsmerkmale der oder des Studierenden. Sie ist mit der oder dem Studierenden zu besprechen.

(4) Näheres regelt das Modulhandbuch „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt“.

§ 26

Prüfende für die Modulprüfungen

(1) Für die Bewertung der in den Modulprüfungen erbrachten Leistungen bestellt das zuständige Prüfungsamt Prüfende.

(2) Für eine Modulprüfung wird eine Prüfende oder ein Prüfender bestellt. Ist die Modulprüfung jedoch eine Präsentation oder ein Kurzvortrag, so werden zwei Prüfende bestellt.

(3) Die Prüfenden sollen haupt- oder nebenamtliche Lehrkräfte der Hochschule sein. Für die Modulprüfungen in den Modulen 8 und 13 sind die Ausbildenden und die Ausbildungsverantwortlichen die Prüfenden.

(4) Werden zwei Prüfende bestellt, so bewerten sie unabhängig voneinander.

(5) Die Prüfenden sind bei ihren Prüfungsentscheidungen unabhängig und nicht weisungsgebunden.

§ 27

Bestehen einer Modulprüfung

Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn sie mit mindestens fünf Rangpunkten bewertet worden ist.

§ 28

Wiederholung von Modulprüfungen

(1) Wer eine Modulprüfung in einem der Module 1 bis 7 und 9 bis 12 nicht bestanden hat, kann sie einmal wiederholen. Ist auch die Wiederholung nicht bestanden worden, so

ist eine zweite Wiederholung in einer der Modulprüfungen der Module 1 bis 7 und in einer der Modulprüfungen der Module 9 bis 12 möglich.

(2) Die in der Wiederholung erbrachte Leistung ist von zwei Prüfenden zu bewerten. Sie werden vom zuständigen Prüfungsamt bestellt.

(3) Wer die Modulprüfung im Modul 8 nicht bestanden hat, kann den Praktikumsbericht einmal nachbessern.

(4) Mit dem endgültigen Nichtbestehen einer Modulprüfung ist das Studium beendet.

Unterabschnitt 3

Bachelorarbeit

§ 29

Bestandteile der Bachelorarbeit

Die Bachelorarbeit besteht aus

1. der Thesis und
2. der Verteidigung der Thesis.

§ 30

Zweck der Thesis

In der Thesis soll die oder der Studierende nachweisen, dass sie oder er fähig ist, innerhalb einer vorgegebenen Bearbeitungszeit eine für die Studienziele relevante Problemstellung mit wissenschaftlichen Methoden und wissenschaftlichen Standards selbständig zu bearbeiten.

§ 31

Thema der Thesis

(1) In Modul 13 hat die oder der Studierende einen Themenvorschlag und ein Exposé für die Thesis bei der Hochschule einzureichen.

(2) Der eingereichte Themenvorschlag und das eingereichte Exposé werden von der Hochschule geprüft und an das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt weitergeleitet.

(3) Das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt legt das Thema der Thesis fest und gibt es der oder dem Studierenden bekannt. Das Thema ist aktenkundig zu machen.

(4) Ein festgelegtes Thema kann nur in besonderen Fällen und mit Zustimmung des Prüfungsamts beim Bundeskriminalamt geändert werden.

§ 32

Abgabetermin und Bearbeitungszeit für die Thesis

(1) Der Termin für die Abgabe der Thesis ist der erste Werktag des vierten auf die Bekanntgabe des Themas folgenden Kalendermonats.

(2) Die Bearbeitungszeit für die Thesis beträgt fünf Wochen. Sie beginnt erst fünf Wochen vor dem Abgabetermin.

(3) Den Beginn der Bearbeitungszeit und den Termin für die Abgabe der Thesis legt das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt fest.

(4) Näheres regelt das Modulhandbuch „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt“.

§ 33

Prüfende für die Thesis

(1) Sobald das Thema der Thesis festgelegt worden ist, bestellt das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt eine Erstprüfende oder einen Erstprüfenden und eine Zweitprüfende oder einen Zweitprüfenden für die Bewertung der Thesis.

(2) Als Prüfende können bestellt werden:

1. hauptamtliche Lehrkräfte an Hochschulen,
2. nebenamtliche Lehrkräfte, die am Fachbereich Kriminalpolizei der Hochschule tätig sind,
3. Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes oder vergleichbare Arbeitnehmer, oder
4. Beamtinnen und Beamte des gehobenen Dienstes oder vergleichbare Arbeitnehmer, die
 - a) einen Masterabschluss oder einen gleichwertigen Abschluss haben oder
 - b) mindestens fünf Jahre auf dem Gebiet, dem das Thema der Thesis entnommen ist, beruflich tätig sind.

Mindestens eine Prüfende oder ein Prüfender muss einem der Personenkreise nach Satz 1 Nummer 3 oder Nummer 4 Buchstabe a angehören.

(3) Die beiden Prüfenden bewerten unabhängig voneinander. Die oder der Zweitprüfende darf jedoch Kenntnis von der Bewertung der oder des Erstprüfenden haben.

(4) Die beiden Prüfenden sind bei ihren Prüfungsentscheidungen unabhängig und nicht weisungsgebunden.

§ 34

Betreuung bei Anfertigung der Thesis

Die oder der Studierende hat Anspruch darauf, bei der Anfertigung der Thesis von den beiden Prüfenden betreut zu werden.

§ 35

Freistellung vom Dienst

Während der Bearbeitungszeit für die Thesis ist die oder der Studierende vom Dienst freigestellt.

§ 36

Vorgaben für die Form der Thesis

Die Vorgaben für die Form der Thesis legt das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt fest.

§ 37

Abgabe der Thesis

(1) Die Thesis ist im Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt abzugeben.

(2) Mit der Abgabe muss die oder der Studierende schriftlich versichern, dass sie oder er

1. die Thesis ohne fremde Mitwirkung verfasst hat und
2. nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

Sofern die Thesis elektronisch übermittelt werden kann, kann auch die Versicherung elektronisch abgegeben werden.

(3) Die Abgabe beim Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt ist aktenkundig zu machen.

§ 38

Bestehen der Thesis

Die Thesis ist bestanden, wenn sie mit mindestens fünf Rangpunkten bewertet worden ist.

§ 39

Wiederholung der Thesis

- (1) Wer die Thesis nicht bestanden hat, kann sie einmal wiederholen.
- (2) Für die Wiederholung legt das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt ein neues Thema fest und gibt es der oder dem Studierenden bekannt.
- (3) Der Termin für die Abgabe der Thesis ist der erste Werktag des vierten auf die Bekanntgabe des Themas folgenden Kalendermonats.
- (4) Die Bearbeitungszeit für die Thesis beträgt fünf Wochen. Sie beginnt fünf Wochen vor dem Abgabetermin.
- (5) Der Beginn der Bearbeitungszeit und der Termin für die Abgabe der Thesis werden vom Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt festgelegt.
- (6) Während der Bearbeitungszeit wird die oder der Studierende einer Organisationseinheit des Bundeskriminalamts zugewiesen. In diesem Zeitraum ist sie oder er jedoch vom Dienst freigestellt.
- (7) Für die Person, die die Thesis auch bei der Wiederholung nicht bestanden hat, ist das Studium beendet.

§ 40

Zulassung zur Verteidigung

Zur Verteidigung der Thesis wird zugelassen, wer

1. die Thesis bestanden,
2. die Modulprüfungen bestanden und
3. während des Studiums 180 Leistungspunkte erworben hat.

§ 41

Termin für die Verteidigung

- (1) Der Termin für die Verteidigung wird vom Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt festgelegt.
- (2) Die Verteidigung muss bis zum Ende des Studiums abgeschlossen sein.

§ 42

Prüfungskommission

- (1) Für die Verteidigung richtet das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt eine Prüfungskommission ein und bestellt deren Mitglieder und Ersatzmitglieder. Die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände des öffentlichen Dienstes können geeignete Personen vorschlagen.

(2) Die Prüfungskommission besteht aus

1. einer oder einem Angehörigen des höheren Dienstes als Vorsitzende oder Vorsitzendem,
2. einer oder einem der beiden Prüfenden der Thesis und
3. einer weiteren Person, die nach § 33 Absatz 2 Satz 1 als Prüfende oder Prüfender der Thesis bestellt werden darf.

Ein Mitglied der Prüfungskommission muss eine Lehrkraft am Fachbereich Kriminalpolizei der Hochschule sein.

(3) Für jedes Mitglied der Prüfungskommission ist ein Ersatzmitglied zu bestellen.

(4) Die Mitglieder der Auswahlkommission werden vom Bundeskriminalamt bestellt. Die Bestellung kann widerrufen werden.

(5) Die Mitglieder der Prüfungskommission sind in ihren Prüfungsentscheidungen unabhängig und nicht weisungsgebunden.

(6) Die Prüfungskommission entscheidet mit Stimmenmehrheit. Stimmenthaltung ist nicht zulässig.

§ 43

Durchführung und Bestandteile der Verteidigung

(1) Die Verteidigung wird als Einzelprüfung durchgeführt.

(2) Die Verteidigung besteht aus

1. einer Präsentation der Thesis und
2. einem Prüfungsgespräch.

(3) In der Präsentation soll die oder der Studierende nachweisen, dass sie oder er

1. gesichertes Wissen auf den Themengebieten besitzt, die in der Thesis bearbeitet worden sind und
2. fähig ist, die in der Thesis angewendeten Methoden und erzielten Ergebnisse zu erläutern und zu begründen.

Die Präsentation soll 15 Minuten dauern.

(4) Im Anschluss an die Präsentation findet das Prüfungsgespräch statt. In ihm sollen Ziele, Methodik und Ergebnisse der Bachelorarbeit erörtert und begründet werden. Weiterführende Fragestellungen und Bezüge zu anderen Wissensgebieten sind zulässig. Das Prüfungsgespräch soll 30 Minuten dauern.

§ 44

Zuhörerinnen und Zuhörer bei der Verteidigung

(1) Die Verteidigung ist hochschulöffentlich, es sei denn, die oder der Studierende, die oder der die Verteidigung absolviert, widerspricht dem.

(2) Bei der Verteidigung sollen nicht mehr als fünf Zuhörerinnen und Zuhörer zugelassen werden. Über die Zulassung entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

§ 45

Protokoll über die Verteidigung

(1) Zu jeder Verteidigung ist ein Protokoll anzufertigen.

(2) Aus dem Protokoll müssen Gegenstand, Verlauf und Ergebnis der Verteidigung hervorgehen.

(3) Das Protokoll ist von der oder dem Vorsitzenden der Prüfungskommission zu bestätigen.

§ 46

Bewertung der Verteidigung

(1) Die Prüfungskommission bewertet die in der Präsentation der Bachelorarbeit erbrachten Leistungen und die im Prüfungsgespräch erbrachten Leistungen einzeln.

(2) Das Ergebnis der Verteidigung ist das arithmetische Mittel aus

1. der Punktzahl für die Präsentation der Thesis und
2. der Punktzahl für das Prüfungsgespräch.

§ 47

Bestehen der Verteidigung

Die Verteidigung der Thesis ist bestanden, wenn sie mindestens mit fünf Rangpunkten bewertet worden ist.

§ 48

Wiederholung der Verteidigung

(1) Wer die Verteidigung der Thesis nicht bestanden hat, kann sie einmal wiederholen.

(2) Die Wiederholung muss innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Verteidigung stattfinden.

(3) Für den Zeitraum bis zur Wiederholung wird die oder der Studierende einer Organisationseinheit des Bundeskriminalamts zugewiesen.

(4) Für die Person, die die Verteidigung auch bei der Wiederholung nicht bestanden hat, ist das Studium beendet.

§ 49

Rangpunktzahl und Note der Bachelorarbeit

(1) Für die Studierende oder den Studierenden, die oder der die Thesis und ihre Verteidigung bestanden hat, wird die Rangpunktzahl der Bachelorarbeit berechnet und die Note der Bachelorarbeit festgesetzt.

(2) In die Berechnung gehen ein

1. die Bewertung der Thesis mit 60 Prozent und
2. die Bewertung der Verteidigung mit 40 Prozent.

(3) Für die Festsetzung der Note wird die den Leistungspunkten zugeordnete Rangpunktzahl bestimmt. Der Rangpunktzahl wird die entsprechende Note zugeordnet und als Note der Bachelorarbeit festgesetzt.

Unterabschnitt 4

Weitere Prüfungsbestimmungen

§ 50

Bestehen der Laufbahnprüfung

Die Laufbahnprüfung hat bestanden, wer die Modulprüfungen sowie die Thesis und die Verteidigung der Thesis bestanden hat.

§ 51

Akademischer Grad

Der Person, die die Laufbahnprüfung bestanden hat, wird zugleich der akademische Grad „Bachelor of Arts“ (B. A.) verliehen.

§ 52

Rangpunktzahl der Laufbahnprüfung und Gesamtnote

(1) Für jede Person, die die Laufbahnprüfung bestanden hat, berechnet das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt die Rangpunktzahl der Laufbahnprüfung und setzt die Gesamtnote fest.

(2) In die Berechnung gehen ein

1. die Rangpunktzahl der fachtheoretischen Studienzeiten mit 65 Prozent,
2. die Rangpunktzahl der praxisintegrierenden Studienzeiten mit 20 Prozent und
3. die ungerundete Rangpunktzahl der Bachelorarbeit mit 15 Prozent.

Der berechnete Wert wird kaufmännisch auf eine ganze Zahl gerundet. Die gerundete Zahl ist die Rangpunktzahl der Laufbahnprüfung.

(3) Die Rangpunktzahl der fachtheoretischen Studienzeiten wird aus den einzelnen Bewertungen der Modulprüfungen zu den Modulen 1 bis 7 und 9 bis 12 berechnet. In die Berechnung geht die einzelne Bewertung der Modulprüfung zu einem Modul mit der Gewichtung ein, die den in diesem Modul vergebenen Leistungspunkten entspricht. Die berechnete Rangpunktzahl wird auf zwei Nachkommastellen ohne Rundung berechnet.

(4) Die Rangpunktzahl der praxisintegrierenden Studienzeiten wird aus den einzelnen Bewertungen der Modulprüfungen zu den Modulen 8 und 13 berechnet. In die Berechnung geht die einzelne Bewertung der Modulprüfung zu einem Modul mit der Gewichtung ein, die den in diesem Modul vergebenen Leistungspunkten entspricht. Die berechnete Rangpunktzahl wird auf zwei Nachkommastellen ohne Rundung berechnet.

(5) Der Rangpunktzahl der Laufbahnprüfung wird die entsprechende Note zugeordnet und als Gesamtnote festgesetzt.

§ 53

Bescheinigung über die erbrachten Studienleistungen

(1) Jeder Person, die studiert oder studiert hat, stellt das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt eine Bescheinigung über die erbrachten Studienleistungen aus.

(2) In der Bescheinigung über die erbrachten Studienleistungen sind anzugeben:

1. zu jedem absolvierten Modul
 - a) die Bezeichnung des Moduls,
 - b) die Rangpunkte, die in der Modulprüfung erreicht worden sind, und
 - c) die in dem Modul erworbenen Leistungspunkte sowie
2. anerkannte Studien- und Prüfungsleistungen.

(3) Die Bescheinigung über die erbrachten Studienleistungen wird in deutscher und englischer Sprache ausgestellt.

§ 54

Abschlusszeugnis und Diploma Supplement

(1) Jeder Person, die die Laufbahnprüfung bestanden hat, stellt das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt ein Abschlusszeugnis und ein Diploma Supplement aus.

(2) Das Abschlusszeugnis enthält

1. die Feststellung, dass die oder der Studierende die Laufbahnprüfung bestanden und die Befähigung für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes erlangt hat,
2. die Rangpunktzahl der Laufbahnprüfung und die Gesamtnote sowie
3. die Rangpunktzahl des Moduls 14 und die Note der Bachelorarbeit.

(3) Das Diploma Supplement enthält

1. die Abschlussbezeichnung „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt (B. A.)“ und
2. die relative Note nach der Bewertungsskala des Europäischen Systems zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen, bezogen auf die absoluten Noten der oder des einzelnen Studierenden im Vergleich zu allen Studierenden des Studienjahrgangs:
 - a) die Note „A“ für die besten 10 Prozent,
 - b) die Note „B“ für die nächsten 25 Prozent,
 - c) die Note „C“ für die nächsten 30 Prozent,
 - d) die Note „D“ für die nächsten 25 Prozent und
 - e) die Note „E“ für die nächsten 10 Prozent.

Das Diploma Supplement wird in deutscher und in englischer Sprache ausgestellt.

§ 55

Bescheid bei Nichtbestehen der Laufbahnprüfung

Jeder Person, die die Laufbahnprüfung nicht bestanden hat, stellt das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt einen Bescheid über die nicht bestandene Laufbahnprüfung aus.

§ 56

Prüfungsakten und Einsichtnahme

(1) Zu jeder und jedem Studierenden führt das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt eine Prüfungsakte.

(2) In die Prüfungsakte aufzunehmen sind:

1. die Thesis der Bachelorarbeit,
2. das Protokoll über die Verteidigung der Bachelorarbeit und
3. eine Ausfertigung des Abschlusszeugnisses oder des Bescheids bei endgültigem Nichtbestehen.

(3) Die Prüfungsakten sind beim Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt mindestens fünf Jahre und höchstens zehn Jahre aufzubewahren.

(4) Die Betroffenen können nach Beendigung des Vorbereitungsdienstes Einsicht in ihre Prüfungsakte nehmen.

Abschnitt 4

Anerkennung anderer Studien- und Prüfungsleistungen

§ 57

Voraussetzungen für die Anerkennung

(1) Auf Antrag der oder des Studierenden werden folgende Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt:

1. Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die in anderen Studiengängen (staatliche und staatlich anerkannte Hochschulen) erbracht worden sind,
2. Prüfungsleistungen, die erfolgreich abgelegt worden sind
 - a) an einer öffentlichen Bildungseinrichtung,
 - b) an einer staatlich anerkannten Bildungseinrichtung oder
 - c) vor einem staatlichen Prüfungsausschuss,
3. Studien- und Prüfungsleistungen, die erbracht worden sind
 - a) außerhalb einer staatlichen Hochschule oder
 - b) außerhalb einer staatlichen Berufsakademie oder einer staatlich anerkannten Berufsakademie, und
4. Studien- und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht worden sind
 - a) an einer staatlichen Hochschule oder
 - b) an einer staatlich anerkannten Hochschule.

(2) In dem Antrag hat die oder der Studierende die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

(3) Über die Anerkennung entscheidet

1. bei Leistungen, die denen in den Modulen 1 bis 4 entsprechen, das Dekanat am Zentralbereich der Hochschule,
2. bei Leistungen, die denen in den Modulen 5 bis 13 entsprechen, das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt und
3. bei der Thesis das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt.

(4) Anerkannt werden Leistungen, bei denen kein wesentlicher Unterschied besteht zu den Leistungen, die im Bachelorstudium „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt“

zu erbringen sind. Bei Leistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht worden sind, dürfen höchstens 50 Prozent der Leistungen, die im Bachelorstudiengang „Kriminalvollzugsdienst im Bundeskriminalamt“ zu erbringen sind, anerkannt werden.

(5) Soweit die Bewertungssysteme vergleichbar sind, sind die Bewertungen der anerkannten Leistungen zu übernehmen. Sind die Bewertungssysteme nicht vergleichbar, so wird der anerkannten Leistung eine Bewertung der Notenskala nach § 5 Absatz 1 zugeordnet.

(6) Die übernommenen und die zugeordneten Bewertungen sind in die Berechnung der entsprechenden Rangpunktzahlen einzubeziehen.

Teil 3

Kriminalpolizeifachliche Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“

Abschnitt 1

Auswahlverfahren für die kriminalpolizeifachliche Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“

§ 58

Auswahlverfahren und Zulassung zum Auswahlverfahren

(1) In einem Auswahlverfahren wird festgestellt, ob die Bewerberinnen und Bewerber nach ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und persönlichen Eigenschaften für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes geeignet sind.

(2) Das Auswahlverfahren wird beim Bundeskriminalamt durchgeführt.

(3) Zum Auswahlverfahren wird zugelassen, wer nach den eingereichten Unterlagen die in der Ausschreibung bestimmten Voraussetzungen erfüllt.

(4) Übersteigt die Zahl der geeigneten Bewerberinnen und Bewerber das Dreifache der Zahl an zur Verfügung stehenden Plätzen, so kann die Zahl der am Auswahlverfahren Teilnehmenden auf das Dreifache der Zahl an zur Verfügung stehenden Plätzen beschränkt werden. In diesem Fall wird zugelassen, wer nach den eingereichten Unterlagen am besten geeignet ist.

(5) Die Auswahlkommission entscheidet nach den Ergebnissen des schriftlichen und des mündlichen Teils des Auswahlverfahrens, wer zur Prüfung der körperlichen Tauglichkeit zugelassen wird. Wer zum Auswahlverfahren oder zur Prüfung der körperlichen Tauglichkeit nicht zugelassen wird oder daran erfolglos teilgenommen hat, erhält eine schriftliche Mitteilung.

(6) Wer nicht zum Auswahlverfahren zugelassen wird, erhält eine elektronische Mitteilung über die Nichtzulassung. Die Bewerbungsunterlagen sind dem Bewerber auf seine Kosten zurückzusenden, wenn er die Rücksendung verlangt; ansonsten sind sie zu vernichten. Elektronisch eingesandte Bewerbungsunterlagen sind endgültig zu löschen.

(7) Für die Durchführung des Auswahlverfahrens richtet das Bundeskriminalamt eine Auswahlkommission ein. Bei Bedarf können mehrere Auswahlkommissionen eingerichtet werden. In diesem Fall stellt das Bundeskriminalamt sicher, dass alle Auswahlkommissionen den gleichen Bewertungsmaßstab anlegen.

(8) Die Auswahlkommission soll geschlechterparitätisch besetzt sein. Sie besteht aus mindestens einer Beamtin oder einem Beamten des höheren Dienstes und einer Beamtin oder einem Beamten des gehobenen Dienstes. Mindestens ein Mitglied der Auswahlkommission soll die Laufbahnbefähigung für den gehobenen oder höheren Kriminaldienst besitzen.

(9) Die Mitglieder der Auswahlkommission werden vom Bundeskriminalamt bestellt. Die Bestellung kann widerrufen werden.

(10) Eine Angehörige oder ein Angehöriger des Fachbereichs Kriminalpolizei der Hochschule ist berechtigt, am Auswahlverfahren als stimmberechtigtes Mitglied der Auswahlkommission teilzunehmen.

(11) Die Mitglieder der Auswahlkommission sind bei ihren Entscheidungen unabhängig und nicht weisungsgebunden.

§ 59

Einstellung

(1) Für die Teilnahme am Vorbereitungsdienst, der als Qualifizierungsmaßnahme „Cyberkriminalistik“ durchgeführt wird, kann zugelassen werden, wer

1. die Einstellungsvoraussetzungen nach dem Bundesbeamtengesetz und der Kriminallaufbahnverordnung erfüllt,
2. den besonderen gesundheitlichen Anforderungen gerecht wird, die an Beamtinnen und Beamte im Polizeivollzugsdienst gestellt werden, und
3. erfolgreich am Auswahlverfahren teilgenommen hat.

(2) In den Vorbereitungsdienst soll nur eingestellt werden, wer

1. Englischkenntnisse auf dem Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen nachweist und
2. die Fahrerlaubnis der Klasse B besitzt.

(3) Wer am Auswahlverfahren teilgenommen hat, aber nicht eingestellt wird, erhält eine elektronische Mitteilung. Die Bewerbungsunterlagen sind auf Wunsch zurückzusenden.

(4) Die Bewerbungsunterlagen sind dem Bewerber auf seine Kosten zurückzusenden, wenn er die Rücksendung verlangt; ansonsten sind sie zu vernichten. Elektronisch eingesandte Bewerbungsunterlagen sind endgültig zu löschen. Die Auswahlkommission entscheidet nach den Ergebnissen des schriftlichen und des mündlichen Teils des Auswahlverfahrens, wer zur Prüfung der körperlichen Tauglichkeit zugelassen wird. Wer zum Auswahlverfahren oder zur Prüfung der körperlichen Tauglichkeit nicht zugelassen wird oder daran erfolglos teilgenommen hat, erhält eine elektronische Mitteilung.

Abschnitt 2

Inhalt der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“

§ 60

Ziel der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung und Dauer

(1) Die kriminalpolizeifachliche Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ hat das Ziel, dass bei den Personen, die an ihr teilnehmen, die Laufbahnbefähigung für den gehobenen kriminalpolizeilichen Vollzugsdienst des Bundes zu vermitteln und dabei ihre technischen Vorkenntnisse und Studienleistungen zu berücksichtigen.

(2) Die kriminalpolizeiliche Qualifizierung dauert 24 Monate.

§ 61

Präsenzlehrveranstaltungen und Freistellung vom Dienst

(1) Alle Lehrveranstaltungen der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ sind Präsenzlehrveranstaltungen.

(2) Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Beamtinnen oder Beamte oder Arbeitnehmer beim Bundeskriminalamt sind, sind gegebenenfalls für die Dauer der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung von ihren Dienstpflichten freizustellen.

§ 62

Gliederung der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung

Die kriminalpolizeifachliche Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ gliedert sich in

1. Module und
2. polizeispezifische Trainings.

§ 63

Verteilung und Inhalt der Module

(1) Die kriminalpolizeifachliche Qualifizierung wird in folgenden Modulen durchgeführt:

Modul 1	Grundlagen des Verwaltungshandelns
Modul 2	Grundlagen polizeilichen Handelns sowie Aufgabe, Organisation und Handeln der Polizei
Modul 3	Grundlagen zu Kriminalität und Strafbarkeit
Modul 4	Ausgewählte Formen der Kriminalität, Gewaltkriminalität
Modul 5	Begleitende Berufspraxis

Modul 6	Aufgaben und Befugnisse des Bundeskriminalamts sowie nationale, europäische und internationale polizeiliche Zusammenarbeit
Modul 7	Phänomen Organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität
Modul 8	Politisch motivierte Kriminalität
Modul 9	Polizeiliche Informationserhebung und Informationsverwendung sowie Phänomen Cybercrime

(2) In den Modulen 1 bis 4 und 6 bis 9 werden fachtheoretische polizeispezifische Kenntnisse vermittelt. Der Inhalt dieser Module richtet sich nach dem Modulhandbuch „Cyberkriminalität“, welches bei Beginn der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung gilt. Die Einzelheiten der Studieninhalte und des Studienverlaufs legt die Hochschule in einem Modulhandbuch fest, welches bei Beginn der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung gilt. Das Modulhandbuch wird auf der Website des Bundeskriminalamts veröffentlicht.

(3) Das Modul 5 dient der berufspraktischen Tätigkeit.

§ 64

Durchführungsort

(1) Die Module 1 bis 4 und 6 bis 9 werden an der Hochschule am Fachbereich Kriminalpolizei in Wiesbaden durchgeführt.

(2) Das Modul 5 wird beim Bundeskriminalamt durchgeführt.

§ 65

Dienstliche Beurteilung für Modul 5

(1) Das Modul 5 wird in mehreren Phasen durchgeführt.

(2) Für jede Phase erstellen die Vorgesetzten eine dienstliche Beurteilung der Teilnehmerin oder des Teilnehmers.

§ 66

Durchführung und Inhalt der polizeispezifischen Trainings

(1) Die polizeispezifischen Trainings werden modulbegleitend durchgeführt.

(2) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssen in der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ drei polizeispezifische Trainings absolvieren, nämlich

1. „Polizeiliches Situations- und Einsatztraining“,
2. Dienstkunde und
3. „Polizeirelevantes Englisch“.

(3) Die Inhalte der polizeispezifischen Trainings richten sich nach dem Modulhandbuch „Cyberkriminalität“.

§ 67

Praktische Prüfungen

(1) In den polizeispezifischen Trainings hat die Teilnehmerin oder der Teilnehmer insgesamt zwei praktische Prüfungen abzulegen.

(2) Je eine Prüfung ist

1. die Überprüfung der Leistungen des Situations- oder Einsatztrainings und
2. die Kontrollübung Schießen.

(3) Die beiden Prüfungen müssen bis zum Abschluss des Moduls 9 durchgeführt sein.

(4) Die Prüfungen werden jeweils nur mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. Das Nähere regelt das Modulhandbuch „Cyberkriminalität“.

(5) Wer eine Prüfung nicht bestanden hat, kann sie wiederholen. Bei jeder der beiden Prüfungen sind zwei Wiederholungen zulässig. Für die Person, die eine dieser Prüfungen endgültig nicht bestanden hat, ist die kriminalpolizeifachliche Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ beendet.

(6) Für die Teilnehmerin oder den Teilnehmer, die oder der die beiden Prüfungen bestanden hat, erstellt das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt einen qualifizierten Teilnahmeachweis. Mit ihm wird die regelmäßige Teilnahme an den polizeispezifischen Trainings und das Bestehen der beiden Prüfungen bescheinigt.

A b s c h n i t t 3

M o d u l p r ü f u n g e n

§ 68

Prüfungsamt

(1) Prüfungsamt für die Modulprüfungen ist das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt.

(2) Das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt kann seine Aufgaben auf die Hochschule übertragen.

(3) Das Prüfungsamt gewährleistet, dass die Modulprüfungen rechtmäßig durchgeführt werden.

§ 69

Module mit Modulprüfungen

In jedem der Module 1 bis 4 und 6 bis 9 hat die Teilnehmerin oder der Teilnehmer der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ eine Modulprüfung abzulegen.

§ 70

Zeitpunkt der Modulprüfung

- (1) Die Modulprüfung findet am Ende des Moduls statt.
- (2) Den genauen Termin legt das Prüfungsamt zu Beginn des Moduls fest.

§ 71

Klausur

- (1) Jede Modulprüfung wird als Klausur durchgeführt.
- (2) Die Bearbeitungszeit beträgt für jede Klausur 240 Minuten.

§ 72

Kennzeichnung der Klausuren

- (1) Jede Klausur ist anstelle des Namens mit einer Kennziffer zu versehen.
- (2) Das Prüfungsamt erstellt eine Übersicht mit der Zuordnung der Kennziffern zu den Namen.
- (3) Die Übersicht ist bis zur endgültigen Bewertung der Klausuren geheim zu halten.
- (4) Erst nach der endgültigen Bewertung der Klausuren darf die Übersicht den Prüfenden bekannt gegeben werden.

§ 73

Prüfende für die Klausuren

- (1) Für die Bewertung der Klausuren bestellt das Prüfungsamt Prüfende. Bestellt werden dürfen nur hauptamtliche Lehrkräfte der Hochschule.
- (2) Jede Klausur wird von einer oder einem Prüfenden bewertet.
- (3) Die oder der Prüfende ist bei der Bewertung unabhängig und nicht weisungsgebunden.

§ 74

Bestehen einer Modulprüfung

Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn sie mit mindestens fünf Rangpunkten bewertet worden ist.

§ 75

Wiederholung von Modulprüfungen

(1) Wer eine Modulprüfung nicht bestanden hat, kann sie einmal wiederholen. Ist auch die Wiederholung nicht bestanden worden, so ist in insgesamt höchstens zwei Modulen jeweils eine weitere Wiederholungsprüfung zulässig.

(2) Bei der Wiederholung wird jede Klausur von zwei Prüfenden bewertet.

(3) Für die Person, die eine Modulprüfung endgültig nicht bestanden hat, ist die kriminalpolizeifachliche Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ beendet.

A b s c h n i t t 4

M ü n d l i c h e A b s c h l u s s p r ü f u n g

§ 76

Prüfungsamt

(1) Prüfungsamt für die mündliche Abschlussprüfung ist das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt.

(2) Das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt kann seine Aufgaben auf die Hochschule übertragen.

(3) Das Prüfungsamt gewährleistet, dass die mündliche Abschlussprüfung rechtmäßig durchgeführt wird.

§ 77

Zulassung zur mündlichen Abschlussprüfung

Zur mündlichen Abschlussprüfung wird zugelassen, wer alle Modulprüfungen und die beiden Prüfungen in den polizeispezifischen Trainings bestanden hat.

§ 78

Zeitpunkt der mündlichen Abschlussprüfung

(1) Die mündliche Abschlussprüfung wird nach Abschluss des Moduls 9 durchgeführt.

(2) Den genauen Termin legt das Prüfungsamt fest.

§ 79

Prüfungskommission

(1) Für die mündliche Abschlussprüfung wird eine Prüfungskommission vom Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt bestellt.

(2) Die Prüfungskommission besteht aus

1. einer oder einem Angehörigen des höheren Dienstes als Vorsitzende oder Vorsitzendem und
2. einem weiteren Mitglied, das Angehöriger des Fachbereichs ist.

Ein Mitglied der Prüfungskommission muss eine Lehrkraft am Fachbereich Kriminalpolizei der Hochschule sein.

(3) Die Mitglieder der Prüfungskommission sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig und nicht weisungsgebunden.

(4) Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden der Prüfungskommission.

§ 80

Inhalt der mündlichen Abschlussprüfung

(1) Die mündliche Abschlussprüfung wird als interdisziplinäres Prüfungsgespräch durchgeführt.

(2) Gegenstand der mündlichen Abschlussprüfung sind die Inhalte der Module 1 bis 4 und 6 bis 9.

§ 81

Durchführung und Dauer der mündlichen Abschlussprüfung

(1) Die mündliche Abschlussprüfung wird als Einzel- oder Gruppenprüfung durchgeführt.

(2) Sie soll je Prüfling 30 Minuten dauern.

§ 82

Protokoll zur mündlichen Abschlussprüfung

Über die mündliche Abschlussprüfung ist zu jedem Prüfling ein Protokoll anzufertigen.

§ 83

Bewertung der mündlichen Abschlussprüfung

Die in der mündlichen Abschlussprüfung erbrachten Leistungen werden von der Prüfungskommission bewertet.

§ 84

Bestehen der mündlichen Abschlussprüfung

Die mündliche Abschlussprüfung ist bestanden, wenn sie mit mindestens fünf Rangpunkten bewertet worden ist.

§ 85

Wiederholung der mündlichen Abschlussprüfung

(1) Wer die mündliche Abschlussprüfung nicht bestanden hat, kann sie einmal wiederholen.

(2) Für die Person, die die mündliche Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden hat, ist die kriminalpolizeifachliche Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ beendet.

Abschnitt 5

Abschluss der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung

§ 86

Erfolgreiche Teilnahme an der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung

An der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ hat erfolgreich teilgenommen, wer die mündliche Abschlussprüfung bestanden hat.

§ 87

Rangpunktzahl der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung und Gesamtnote

(1) Für jede Person, die erfolgreich an der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ teilgenommen hat, berechnet das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt die Rangpunktzahl der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung und setzt die Gesamtnote fest.

(2) In die Berechnung gehen ein

1. die Bewertung von jeder der acht Modulprüfungen (Module 1 bis 4 und 6 bis 8) mit 11,4 Prozent und
2. die Bewertung der mündlichen Abschlussprüfung mit 20 Prozent.

(3) Der berechnete Wert wird kaufmännisch auf eine ganze Zahl gerundet. Die gerundete Zahl ist die Rangpunktzahl der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung.

(4) Der Rangpunktzahl der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung wird die entsprechende Note zugeordnet und als Gesamtnote festgesetzt.

§ 88

Abschlusszeugnis

(1) Jeder Person, die erfolgreich an der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ teilgenommen hat, stellt das Prüfungsamt ein Abschlusszeugnis aus.

(2) Das Abschlusszeugnis enthält

1. die Feststellung, dass die Person erfolgreich an der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ teilgenommen und die Befähigung für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes erlangt hat,
2. die Rangpunkte für jede Modulprüfung,
3. die Rangpunkte für die mündliche Abschlussprüfung sowie
4. die Rangpunktzahl der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung und die Gesamtnote.

§ 89

Bescheid bei endgültigem Nichtbestehen

(1) Jeder Person, die eine Modulprüfung, eine Prüfung im polizeispezifischen Training oder die mündliche Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden hat, stellt das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt einen Bescheid über die bis dahin erbrachten Leistungen aus.

(2) In dem Bescheid über die erbrachten Studienleistungen sind anzugeben:

1. die absolvierten Module mit ihrem Namen,
2. die Rangpunkte, die in den Modulprüfungen der absolvierten Module erreicht worden sind und
3. die Rangpunkte für die mündliche Abschlussprüfung, falls die mündliche Abschlussprüfung abgelegt worden ist.

§ 90

Prüfungsakten und Einsichtnahme

(1) Zu jeder Teilnehmerin und jedem Teilnehmer der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ führt das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt eine Prüfungsakte.

(2) In die Prüfungsakte aufzunehmen sind

1. die Klausuren der Modulprüfungen,
2. das Protokoll zur mündlichen Abschlussprüfung und
3. eine Ausfertigung des Abschlusszeugnisses oder des Bescheids bei endgültigem Nichtbestehen.

(3) Die Prüfungsakten sind beim Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt mindestens fünf Jahre und höchstens zehn Jahre aufzubewahren.

(4) Die Betroffenen können nach Beendigung der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ Einsicht in ihre Prüfungsakte nehmen.

Teil 4

Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“

Abschnitt 1

Auswahlverfahren für die Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“

§ 91

Auswahlverfahren und Zulassung zum Auswahlverfahren

(1) In einem Auswahlverfahren wird festgestellt, ob die Bewerberinnen und Bewerber nach ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und persönlichen Eigenschaften für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes geeignet sind.

(2) Das Auswahlverfahren wird beim Bundeskriminalamt durchgeführt.

(3) Zum Auswahlverfahren wird zugelassen, wer die für die Laufbahnaufgaben erforderlichen wissenschaftlichen und methodischen Grundkenntnisse durch ein mit einem Bachelor oder Master abgeschlossenen Hochschulstudium oder durch einen gleichwertigen Abschluss nachgewiesen hat und nach den eingereichten Unterlagen die in der Ausschreibung bestimmten Voraussetzungen erfüllt.

(4) Übersteigt die Zahl der geeigneten Bewerberinnen und Bewerber das Dreifache der Zahl an zur Verfügung stehenden Plätzen, so kann die Zahl der am Auswahlverfahren

Teilnehmenden auf das Dreifache der Zahl an zur Verfügung stehenden Plätzen beschränkt werden. In diesem Fall wird zugelassen, wer nach den eingereichten Unterlagen am besten geeignet ist.

(5) Die Auswahlkommission entscheidet nach den Ergebnissen des schriftlichen und des mündlichen Teils des Auswahlverfahrens, wer zur Prüfung der körperlichen Tauglichkeit zugelassen wird. Wer zum Auswahlverfahren oder zur Prüfung der körperlichen Tauglichkeit nicht zugelassen wird oder daran erfolglos teilgenommen hat, erhält eine schriftliche Mitteilung.

(6) Wer nicht zum Auswahlverfahren zugelassen wird, erhält eine elektronische Mitteilung über die Nichtzulassung. Die Bewerbungsunterlagen sind dem Bewerber auf seine Kosten zurückzusenden, wenn er die Rücksendung verlangt; ansonsten sind sie zu vernichten. Elektronisch eingesandte Bewerbungsunterlagen sind endgültig zu löschen.

§ 92

Auswahlkommission

(1) Für die Durchführung des Auswahlverfahrens richtet das Bundeskriminalamt eine Auswahlkommission ein. Bei Bedarf können mehrere Auswahlkommissionen eingerichtet werden. In diesem Fall stellt das Bundeskriminalamt sicher, dass alle Auswahlkommissionen den gleichen Bewertungsmaßstab anlegen.

(2) Die Auswahlkommission soll geschlechterparitätisch besetzt sein. Sie besteht aus mindestens einer Beamtin oder einem Beamten des höheren Dienstes und einer Beamtin oder einem Beamten des gehobenen Dienstes. Mindestens ein Mitglied der Auswahlkommission soll die Laufbahnbefähigung für den gehobenen oder höheren Kriminaldienst besitzen.

(3) Die Mitglieder der Auswahlkommission werden vom Bundeskriminalamt bestellt. Die Bestellung kann widerrufen werden.

(4) Eine Angehörige oder ein Angehöriger des Fachbereichs Kriminalpolizei der Hochschule ist berechtigt, am Auswahlverfahren als stimmberechtigtes Mitglied der Auswahlkommission teilzunehmen.

(5) Die Mitglieder der Auswahlkommission sind bei ihren Entscheidungen unabhängig und nicht weisungsgebunden.

§ 93

Einstellung

(1) In den Vorbereitungsdienst, der als Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ durchgeführt wird, kann eingestellt werden, wer

1. die Einstellungsvoraussetzungen nach dem Bundesbeamtengesetz und der Kriminallaufbahnverordnung erfüllt,
2. den besonderen gesundheitlichen Anforderungen gerecht wird, die an Beamtinnen und Beamte im Polizeivollzugsdienst gestellt werden, und
3. erfolgreich am Auswahlverfahren teilgenommen hat.

(2) In den Vorbereitungsdienst soll nur eingestellt werden, wer

1. Englischkenntnisse auf dem Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen nachweist und
2. die Fahrerlaubnis der Klasse B besitzt.

(3) Wer am Auswahlverfahren teilgenommen hat, aber nicht eingestellt wird, erhält eine elektronische Mitteilung. Die Bewerbungsunterlagen sind dem Bewerber auf seine Kosten zurückzusenden, wenn er die Rücksendung verlangt; ansonsten sind sie zu vernichten. Elektronisch eingesandte Bewerbungsunterlagen sind endgültig zu löschen.

A b s c h n i t t 2

I n h a l t d e r Q u a l i f i z i e r u n g s m a ß n a h m e „ A u s b i l d u n g s v e r - k ü r z u n g “

§ 94

Ziel der Qualifizierungsmaßnahme

Die Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ hat das Ziel, Personen, die bereits einen an einer Hochschule erworbenen Bachelor- oder Masterabschluss oder einen vergleichbaren Studienabschluss erworben haben und daher über Kenntnisse und Fähigkeiten wissenschaftlicher Arbeitstechniken verfügen, die Laufbahnbefähigung für den gehobenen kriminalpolizeilichen Vollzugsdienst des Bundes zu vermitteln. Dabei soll der bereits erbrachte wissenschaftliche Abschluss Berücksichtigung finden.

§ 95

Dauer der Qualifizierungsmaßnahme

Die Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ dauert 24 Monate.

§ 96

Präsenzlehrveranstaltungen und Freistellung vom Dienst

(1) Alle Lehrveranstaltungen der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ sind Präsenzlehrveranstaltungen.

(2) Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Beamtinnen und Beamte oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerinnen des Bundeskriminalamts sind, sind gegebenenfalls für die Dauer der Qualifizierungsmaßnahme von ihren Dienstpflichten freizustellen.

§ 97

Gliederung der Qualifizierungsmaßnahme

Die Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ gliedert sich in

1. Module und
2. polizeispezifische Trainings.

§ 98

Verteilung und Inhalt der Module

(1) Die Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ wird in folgenden Modulen durchgeführt:

Modul 1	Grundlagen des Verwaltungshandelns
Modul 2	Grundlagen polizeilichen Handelns sowie Aufgabe, Organisation und Handeln der Polizei
Modul 3	Grundlagen zu Kriminalität und Strafbarkeit
Modul 4	Ausgewählte Formen der Kriminalität
Modul 5	Fachpraxis
Modul 6	Aufgaben und Befugnisse des Bundeskriminalamts sowie nationale, europäische und internationale polizeiliche Zusammenarbeit
Modul 7	Phänomen Organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität
Modul 8	Politisch motivierte Kriminalität
Modul 9	Polizeiliche Informationserhebung und Informationsverwendung sowie Phänomen Cybercrime
Modul 10	Fachpraxis Bundeskriminalamt

(2) In den Modulen 1 bis 4 und 6 bis 9 werden fachtheoretische polizeispezifische Kenntnisse vermittelt. Der Inhalt der Module 1 bis 4 und 6 bis 10 richtet sich nach dem Modulhandbuch für die Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ in der Fassung, die bei Beginn der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ gilt.

(3) In den Modulen 5 und 10 werden berufspraktische polizeispezifische Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt.

(4) Das Modul 5 wird in mehreren Phasen durchgeführt.

(5) Für jede dieser Phasen erstellen die Vorgesetzten eine dienstliche Beurteilung der Teilnehmerin oder des Teilnehmers.

§ 99

Durchführungsort

(1) Die Module 1 bis 4 und 6 bis 9 werden an der Hochschule am Fachbereich Kriminalpolizei in Wiesbaden durchgeführt.

(2) Das Modul 5 wird bei einer Kriminalpolizeidienststelle einer Landespolizei durchgeführt. Das Modul 10 wird beim Bundeskriminalamt durchgeführt.

§ 100

Durchführung und Inhalt der polizeispezifischen Trainings

(1) Die polizeispezifischen Trainings werden modulbegleitend durchgeführt.

(2) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssen in der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ drei polizeispezifische Trainings absolvieren, nämlich

1. „Polizeiliches Situations- und Einsatztraining“ ,
2. Dienstkunde und
3. „Polizeirelevantes Englisch“.

(3) Die Inhalte der beiden polizeispezifischen Trainings richten sich nach dem Modulhandbuch „Ausbildungsverkürzung im Bundeskriminalamt“.

§ 101

Praktische Prüfungen

(1) In den polizeispezifischen Trainings hat die Teilnehmerin oder der Teilnehmer insgesamt zwei praktische Prüfungen abzulegen.

(2) Je eine Prüfung ist

1. die Überprüfung der Leistungen des Situations- oder Einsatztrainings und
2. die Kontrollübung Schießen.

(3) Die beiden Prüfungen müssen bis zum Abschluss des Moduls 9 durchgeführt sein.

(4) Die Prüfungen werden jeweils nur mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. Das Nähere regelt das Modulhandbuch „Ausbildungsverkürzung im Bundeskriminalamt“.

(5) Wer eine Prüfung nicht bestanden hat, kann sie wiederholen. Bei jeder der beiden Prüfungen sind zwei Wiederholungen zulässig. Für die Person, die eine dieser Prüfungen endgültig nicht bestanden hat, ist die Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ beendet.

(6) Für die Teilnehmerin oder den Teilnehmer, die oder der die beiden Prüfungen bestanden hat, erstellt das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt einen qualifizierten Teilnahmeachweis. Mit ihm wird die regelmäßige Teilnahme an den polizeispezifischen Trainings und das Bestehen der beiden Prüfungen bescheinigt.

Abschnitt 3

Modulprüfungen

§ 102

Prüfungsamt

(1) Prüfungsamt für die Modulprüfungen ist das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt.

(2) Das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt kann seine Aufgaben auf die Hochschule übertragen.

(3) Das Prüfungsamt gewährleistet, dass die Modulprüfungen rechtmäßig durchgeführt werden.

§ 103

Module mit Modulprüfungen

In jedem der Module 1 bis 4 und 6 bis 9 hat die Teilnehmerin oder der Teilnehmer der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ eine Modulprüfung abzulegen.

§ 104

Zeitpunkt der Modulprüfungen

(1) Die Modulprüfung findet am Ende des Moduls statt.

(2) Den genauen Termin legt das Prüfungsamt zu Beginn des Moduls fest.

§ 105

Klausur

(1) Jede Modulprüfung wird als Klausur durchgeführt.

(2) Die Bearbeitungszeit beträgt für jede Klausur 240 Minuten.

§ 106

Kennzeichnung der Klausuren

(1) Jede Klausur ist anstelle des Namens mit einer Kennziffer zu versehen.

(2) Das Prüfungsamt erstellt eine Übersicht mit der Zuordnung der Kennnummern zu den Namen.

(3) Die Übersicht ist bis zur endgültigen Bewertung der Klausuren geheim zu halten.

(4) Erst nach der endgültigen Bewertung der Klausuren darf die Übersicht den Prüfenden bekannt gegeben werden.

§ 107

Prüfende für die Klausuren

(1) Für die Bewertung der Klausuren bestellt das Prüfungsamt Prüfende. Bestellt werden dürfen nur hauptamtliche Lehrkräfte der Hochschule.

(2) Jede Klausur wird von einer oder einem Prüfenden bewertet.

(3) Die oder der Prüfende ist bei der Bewertung unabhängig und nicht weisungsgebunden.

§ 108

Bestehen einer Modulprüfung

Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn sie mit mindestens fünf Rangpunkten bewertet worden ist.

§ 109

Wiederholung von Modulprüfungen

(1) Wer eine Modulprüfung nicht bestanden hat, kann sie einmal wiederholen. Ist auch die Wiederholung nicht bestanden worden, so ist in insgesamt höchstens zwei Modulen jeweils eine weitere Wiederholungsprüfung zulässig.

(2) Bei der Wiederholung wird jede Klausur von zwei Prüfenden bewertet.

(3) Für die Person, die eine Modulprüfung endgültig nicht bestanden hat, ist die Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ beendet.

A b s c h n i t t 4

M ü n d l i c h e A b s c h l u s s p r ü f u n g

§ 110

Prüfungsamt

(1) Prüfungsamt für die mündliche Abschlussprüfung ist das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt.

(2) Das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt kann seine Aufgaben auf den Fachbereich Kriminalpolizei der Hochschule übertragen.

(3) Das Prüfungsamt gewährleistet, dass die mündliche Abschlussprüfung rechtmäßig durchgeführt wird.

§ 111

Zulassung zur mündlichen Abschlussprüfung

Zur mündlichen Abschlussprüfung wird nur zugelassen, wer alle Modulprüfungen und die beiden Prüfungen in den polizeispezifischen Trainings bestanden hat.

§ 112

Zeitpunkt der mündlichen Abschlussprüfung

- (1) Die mündliche Abschlussprüfung wird nach Abschluss des Moduls 9 durchgeführt.
- (2) Den genauen Termin legt das Prüfungsamt fest.

§ 113

Prüfungskommission

- (1) Für die mündliche Abschlussprüfung wird eine Prüfungskommission bestellt.
- (2) Die Prüfungskommission besteht aus
 1. einer oder einem Angehörigen des höheren Dienstes als Vorsitzender oder Vorsitzendem und
 2. einem weiteren Mitglied, das Angehöriger des Fachbereichs ist.

Ein Mitglied der Prüfungskommission muss eine Lehrkraft am Fachbereich Kriminalpolizei der Hochschule sein.

(3) Die Mitglieder der Prüfungskommission sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig und nicht weisungsgebunden.

(4) Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden der Prüfungskommission.

§ 114

Inhalt der mündlichen Abschlussprüfung

- (1) Die mündliche Abschlussprüfung ist interdisziplinär.
- (2) Gegenstand der mündlichen Abschlussprüfung sind die Inhalte der Module 1 bis 4 und 6 bis 9.

§ 115

Durchführung und Dauer der mündlichen Abschlussprüfung

- (1) Die mündliche Abschlussprüfung wird als Einzel- oder Gruppenprüfung durchgeführt.

(2) Sie soll je Prüfling 30 Minuten dauern.

§ 116

Protokoll zur mündlichen Abschlussprüfung

Über die mündliche Abschlussprüfung ist zu jedem Prüfling ein Protokoll anzufertigen.

§ 117

Bewertung der mündlichen Abschlussprüfung

Die in der mündlichen Abschlussprüfung erbrachten Leistungen werden von der Prüfungskommission bewertet.

§ 118

Bestehen der mündlichen Abschlussprüfung

Die mündliche Abschlussprüfung ist bestanden, wenn sie mit mindestens fünf Rangpunkten bewertet worden ist.

§ 119

Wiederholung der mündlichen Abschlussprüfung

(1) Wer die mündliche Abschlussprüfung nicht bestanden hat, kann sie einmal wiederholen.

(2) Für die Person, die die mündliche Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden hat, ist die Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ beendet.

A b s c h n i t t 5

A b s c h l u s s d e r Q u a l i f i z i e r u n g s m a ß n a h m e „ A u s b i l - d u n g s v e r k ü r z u n g “

§ 120

Erfolgreiche Teilnahme an der Qualifizierungsmaßnahme

An der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ hat erfolgreich teilgenommen, wer die mündliche Abschlussprüfung bestanden hat.

§ 121

Rangpunktzahl der Qualifizierungsmaßnahme und Gesamtnote

(1) Für jede Person, die erfolgreich an der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ teilgenommen hat, berechnet das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt die Rangpunktzahl der Qualifizierungsmaßnahme und setzt die Gesamtnote fest.

(2) In die Berechnung gehen ein

1. die Bewertung von jeder der acht Modulprüfungen mit 10 Prozent und
2. die Bewertung der mündlichen Abschlussprüfung mit 20 Prozent.

(3) Der berechnete Wert wird kaufmännisch auf eine ganze Zahl gerundet. Die gerundete Zahl ist die Rangpunktzahl der Qualifizierungsmaßnahme.

(4) Der Rangpunktzahl der Qualifizierungsmaßnahme wird die entsprechende Note zugeordnet und als Gesamtnote festgesetzt.

§ 122

Abschlusszeugnis

(1) Jeder Person, die erfolgreich an der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ teilgenommen hat, stellt das Prüfungsamt ein Abschlusszeugnis aus.

(2) Das Abschlusszeugnis enthält

1. die Feststellung, dass die Person erfolgreich an der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ teilgenommen hat und die Befähigung für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes erlangt hat,
2. die Rangpunkte für jede Modulprüfung,
3. die Rangpunkte für die mündliche Abschlussprüfung sowie
4. die Rangpunktzahl der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ und die Gesamtnote.

§ 123

Bescheid bei endgültigem Nichtbestehen

(1) Jeder Person, die in der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ eine Modulprüfung, eine Prüfung im polizeispezifischen Training oder die mündliche Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden hat, stellt das Prüfungsamt einen Bescheid über die bis dahin erbrachten Leistungen aus.

(2) In dem Bescheid über die erbrachten Studienleistungen sind anzugeben:

1. die absolvierten Module mit ihrem Namen,
2. die Rangpunkte, die in den Modulprüfungen der absolvierten Module erreicht worden sind, und

3. die Rangpunkte für die mündliche Abschlussprüfung, falls die mündliche Abschlussprüfung abgelegt worden ist.

§ 124

Prüfungsakten und Einsichtnahme

(1) Zu jeder Teilnehmerin und jedem Teilnehmer der kriminalpolizeilichen Qualifizierung „Ausbildungsverkürzung“ führt das Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt eine Prüfungsakte.

(2) In die Prüfungsakte aufzunehmen sind:

1. die Klausuren der Modulprüfungen,
2. das Protokoll zur mündlichen Abschlussprüfung und
3. eine Ausfertigung des Abschlusszeugnisses oder des Bescheids bei endgültigem Nichtbestehen.

(3) Die Prüfungsakten sind beim Prüfungsamt beim Bundeskriminalamt mindestens fünf Jahre und höchstens zehn Jahre aufzubewahren.

(4) Die Betroffenen können nach Beendigung der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ Einsicht in ihre Prüfungsakte nehmen.

Teil 5

Verhinderung und Ordnungsverstöße bei Prüfungen

§ 125

Verhinderung bei einer Prüfung oder einem Prüfungsteil

(1) Tritt eine Person von einer Prüfung oder einem Prüfungsteil ohne Genehmigung zurück oder bleibt dieser ohne Genehmigung fern, so gilt diese Prüfung oder dieser Prüfungsteil als nicht bestanden.

(2) Wird das Fernbleiben oder der Rücktritt genehmigt, so gilt der Prüfungsteil oder die Prüfung als nicht begonnen.

(3) Über die Genehmigung entscheidet das zuständige Prüfungsamt.

(4) Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn wichtige Gründe vorliegen.

(5) Bei Erkrankung kann die Genehmigung in der Regel nur erteilt werden, wenn die Prüfungsunfähigkeit unverzüglich durch Vorlage eines qualifizierten ärztlichen Attests nachgewiesen wird. Aus dem qualifizierten ärztlichen Attest müssen sich die Umstände ergeben, die zur Prüfungsunfähigkeit geführt haben. Auf Verlangen des Prüfungsamts ist ein amtsärztliches Zeugnis oder das Zeugnis einer Ärztin oder eines Arztes, die oder der von der Dienstbehörde beauftragt worden ist, vorzulegen.

§ 126

Ordnungsverstöße bei einer Prüfung oder einem Prüfungsteil

(1) Wenn eine den Vorbereitungsdienst absolvierende Person bei einer Prüfung oder einem Prüfungsteil täuscht, eine Täuschung versucht, an einer Täuschung oder einem Täuschungsversuch mitwirkt oder sonst gegen die Ordnung verstößt, so soll ihr die Fortsetzung der Prüfung oder des Prüfungsteils unter dem Vorbehalt einer Entscheidung des zuständigen Prüfungsamts gestattet werden. Bei einem erheblichen Verstoß kann sie von der weiteren Teilnahme an der Prüfung oder am Prüfungsteil ausgeschlossen werden.

(2) Über das Vorliegen und die Folgen einer Täuschung, eines Täuschungsversuchs, eines Mitwirkens daran oder eines sonstigen Ordnungsverstoßes entscheidet

1. im Studium

- a) bei den Modulprüfungen das Prüfungsamt und
- b) bei der Verteidigung der Bachelorarbeit die Prüfungskommission und

2. in der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“

- a) bei den Modulprüfungen das Prüfungsamt und
- b) bei der mündlichen Abschlussprüfung die Prüfungskommission und

3. in der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“

- a) bei den Modulprüfungen das Prüfungsamt und
- b) bei der mündlichen Abschlussprüfung die Prüfungskommission.

(3) Das zuständige Prüfungsamt oder die zuständige Prüfungskommission kann je nach Schwere des Verstoßes

- 1. die Wiederholung der Prüfung oder des Prüfungsteils anordnen,
- 2. die Prüfung oder den Prüfungsteil für nicht bestanden erklären oder
- 3. die Prüfung für endgültig nicht bestanden erklären.

(4) Wird eine Täuschung erst nach Beendigung einer Prüfung oder eines Prüfungsteils oder nach Abgabe der Thesis der Bachelorarbeit festgestellt, so gilt Absatz 3 entsprechend.

(5) Wird eine Täuschung erst nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes festgestellt, so kann das zuständige Prüfungsamt

- 1. beim Studium die Laufbahnprüfung innerhalb von fünf Jahren nach dem Tag der Verteidigung der Bachelorarbeit für nicht bestanden erklären und

2. bei der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“ den erfolgreichen Abschluss der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung innerhalb von fünf Jahren nach dem Tag der mündlichen Abschlussprüfung zurücknehmen und
 3. bei der Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ den erfolgreichen Abschluss der Qualifizierungsmaßnahme innerhalb von fünf Jahren nach dem Tag der mündlichen Abschlussprüfung zurücknehmen.
- (6) Die Betroffenen sind vor einer Entscheidung nach den Absätzen 2 bis 5 anzuhören.

Artikel 2

Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den höheren Kriminaldienst des Bundes

Die Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den höheren Kriminaldienst des Bundes wird wie folgt geändert:

1. § 3 Absatz 3 und 4 wird wie folgt gefasst:

„(3) Wer zum Auswahlverfahren oder zu Teilen des Auswahlverfahrens nicht zugelassen wird oder am Auswahlverfahren erfolglos teilgenommen hat, erhält eine elektronische Mitteilung. Die Bewerbungsunterlagen sind dem Bewerber auf seine Kosten zurückzusenden, wenn er die Rücksendung verlangt; ansonsten sind sie zu vernichten. Elektronisch eingesandte Bewerbungsunterlagen sind endgültig zu löschen.

(4) Das Auswahlverfahren wird von einer beim Bundeskriminalamt eingerichteten Auswahlkommission durchgeführt. Die Auswahlkommission soll geschlechterparitätisch besetzt sein und besteht aus mindestens einer Beamtin und einem Beamten des höheren Dienstes. Mindestens ein Mitglied soll die Laufbahnbefähigung für den höheren Kriminaldienst besitzen. Die Mitglieder sind unabhängig und nicht weisungsgebunden. Die Mitglieder werden vom Bundeskriminalamt bestellt. Die Bestellung kann widerrufen werden.“

2. § 10 wird aufgehoben.

Artikel 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) In Artikel 1 treten die §§ 1 bis 27 und 29 bis 126 der Verordnung über die Vorbereitungsdienste für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes mit Wirkung vom 1. April 2020 in Kraft.

(2) Im Übrigen tritt diese Verordnung am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(3) Die §§ 1 bis 19 und 21 bis 27 der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes vom 2. Februar 2015 (BGBl. I S. 98, 100), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 26. September 2017 (BGBl. I S. 3514) geändert worden ist, treten mit Wirkung vom 1. April 2020 außer Kraft. § 20 der in Satz 1 genannten Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung dieser Verordnung außer Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Nach Änderung der Kriminallaufbahnverordnung (KrimLV) vom 29. Oktober 2019 mit der Eröffnung des Zugangs zur Laufbahn des gehobenen Kriminaldienstes für Cyberkriminalistin oder zum Cyberkriminalisten und der Entscheidung des Bundeskriminalamts nach § 16 Absatz 1 der Bundeslaufbahnverordnung, die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes zuzulassen, ist in der Folge die Verordnung über den Vorbereitungsdienst für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes zu ändern. Die Qualifizierungsmaßnahmen für die Cyberkriminalistinnen und Cyberkriminalisten und die Ausbildungsverkürzer sind inhaltlich unterschiedlich zum Studium und insofern separat zu beschreiben.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Die vorliegende Verordnung regelt die drei unterschiedlichen Vorbereitungsdienste, die allesamt den Zugang zum gehobenen Kriminaldienst ermöglichen. Hierzu wird die Gliederung überarbeitet und angesichts der verschiedenen Ausbildungsinhalte und Vorgaben diesbezüglich ergänzt.

Um Redundanzen zu vermeiden, wurden in einem Allgemeinen Teil und im Teil 5 für die Prüfungen, die für alle Vorbereitungsdienste gleichlautenden Regelungen zusammengefasst.

Darüber hinaus müssen die Regelungen über die Vorbereitungsdienste an die durch die Verordnung vom 18. Januar 2017 geänderten Vorgaben der BLV angepasst werden.

III. Alternativen

Keine.

IV. Regelungskompetenz

Die Kompetenz des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zum Erlass der vorliegenden Verordnung ergibt sich aus § 3 Absatz 2 Satz 3 in Verbindung mit Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a des Bundespolizeibeamtengesetzes.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Die Verordnung ist mit dem Recht der Europäischen Union und dem Völkerrecht vereinbar.

VI. Regelungsfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

keine

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Entwurf hat keine Auswirkungen auf die Regeln und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie und steht ihr demnach nicht entgegen.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Der Vollzug der Verordnung führt nicht zu höheren Verwaltungsausgaben, da die Aufgaben mit den vorhandenen Ressourcen bewältigt werden können.

4. Erfüllungsaufwand

1. Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Durch die Verordnung ergibt sich für die betroffenen Studierenden kein höherer Erfüllungsaufwand als nach den bisherigen Verordnungen.

2. Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Es entsteht kein Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft.

3. Erfüllungsaufwand für Verwaltung

Vor und zu Beginn der Vorbereitungsdienste entsteht ein punktueller Mehraufwand durch erhöhte Abstimmungserfordernisse. Die Aufteilung in drei- und zweijährige Vorbereitungsdienste verringert den Verwaltungsaufwand bei den Ausbildungsverkürzern (vorheriger Bachelorabschluss) jeweils um ein Jahr pro Person.

5. Weitere Kosten

Die Wirtschaft, insbesondere die mittelständische Wirtschaft, ist von den Regelungen nicht betroffen. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

6. Weitere Regelungsfolgen

Auf die Verbraucherinnen und Verbraucher haben die Regelungen keine Auswirkungen. Gleichstellungspolitische Belange werden berücksichtigt. Es liegt weder eine mittelbare noch eine unmittelbare geschlechterbezogene Benachteiligung vor.

VII. Befristung; Evaluierung

Eine Befristung der Verordnung ist nicht sinnvoll, weil der Vorbereitungsdienst dauerhaft durchgeführt werden soll.

Eine Evaluation ist nicht vorgesehen. Bei einer Evaluation werden Ziel und Zweck und die tatsächlich erzielten Wirkungen sowie die damit verbundenen Kosten untersucht. Dieses Regelungsvorhaben führt nicht zu Mehrausgaben (siehe Abschnitt A VI 3.).

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Verordnung über die Vorbereitungsdienste für den gehobenen Kriminaldienst des Bundes)

Zu Teil 1 (Allgemeines)

Zu § 1 (Vorbereitungsdienste)

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat richtet drei fachspezifische Vorbereitungsdienste mit den Bezeichnungen „Bachelorstudium“, „Qualifizierungsmaßnahme Ausbildungsverkürzung“ und „Qualifizierungsmaßnahme Cyberkriminalität“ als Ausbildung für eine Tätigkeit im „gehobenen Kriminaldienst im Bundeskriminalamt“ ein.

Zu § 2 (Dienstbehörde)

Zu Absatz 1

Diese Regelung entspricht der Vorgängerregelung.

Zu Absatz 2

Die in der Qualifizierungsmaßnahme beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind über Tarifverträge bei der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt.

Zu Absatz 3

Die Bewerberinnen und Bewerber für die Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“ werden wie die Bewerber für das Studium nach § 11 BLV als Beamtinnen und Beamte auf Widerruf eingestellt.

Zu § 3 (Dienstaufsicht)

Diese Regelung entspricht mit redaktionellen Änderungen der Vorgängerregelung aus § 4 Absatz 2. Es wird ergänzend klargestellt, dass diese Regelung auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Qualifizierungsmaßnahme gilt.

Zu § 4 (Erholungsurlaub)

Damit die Studierenden keine Studientage an der Hochschule versäumen, wird Erholungsurlaub in der Regel während der berufspraktischen Studienzeiten gewährt.

Diese Regelung findet sowohl auf die Beamtinnen und Beamten als auch auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Qualifizierungsmaßnahme Anwendung.

Zu § 5 (Bewertung von Prüfungsleistungen)

Die Inhalte wurden der Vorgängernorm entnommen und um die Notendefinition ergänzt

Zu § 6 (Auswahlverfahren und Zulassung zum Auswahlverfahren)

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung aus § 6 Absätze 1 bis 3.

Zu Abschnitt 1 (Auswahlverfahren für das Studium)

Zu § 7 (Auswahlkommission)

Kommentierungen (v. Roetteken, BGleIG, 17. Auflage, § 7, Rdnrn. 163–182) und OLG-Rechtsprechung (LAG Hamm, Urteil vom 01.06.2017 – 11 Sa 1023/16 –) weisen bezüglich Auswahlkommissionen darauf hin, dass eine paritätische Besetzung grundsätzlich geboten ist und eine Abweichung nur ausnahmsweise und wenn sie zwingend oder evident erforderlich ist, zulässig ist. Unter diese Ausnahme fällt nicht die ungerade Anzahl von Auswahlkommissionsmitgliedern.

Durch die vorgenommene Änderung wird das BKA in die Lage versetzt, hier zukünftig rechtssicher die Auswahlkommissionen paritätisch zu besetzen. So soll die Kommission – wenn keine zwingenden Gründe dagegen sprechen – mit mindestens zwei Personen geschlechterparitätisch besetzt werden und kann bei Bedarf geschlechterparitätisch besetzt auf z. B. vier oder sechs Personen aufstocken.

Die Auswahlkommission bewertet die Leistungen fortlaufend während des Gespräches anhand eines zuvor festgelegten Kriterienkataloges mit einer entsprechenden Punktzahl. Für ein erfolgreiches Auswahlgespräch ist eine zuvor festgelegte Punktzahl zu erreichen.

Das BKA plant diese Regelung spätestens nach drei Jahren zu evaluieren.

Für die wortgleichen §§ 59 und 92 gilt Selbiges.

Zu § 17 (Durchführung und Inhalte der polizeispezifischen Trainings)

Zu Absatz 1

Die polizeispezifischen Trainings vermitteln die Grundlagen der körperlichen Techniken des Polizeiberufs sowie des Umgangs mit der Waffe. Dieses sind essentielle Grundlagen des Polizeiberufes. Das Erlangen dieser Erkenntnisse wird abschließend geprüft. Die Prüfungen sind nicht benotet, sondern werden auf Grundlage des Modulhandbuchs nach „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. Eine mehr als dreimalige erfolglose Prüfung führt zur Entlassung, da dann das Studium insgesamt nicht erfolgreich abgeschlossen werden kann. Die Prüfungsinhalte im Einzelnen und eine Zwischenbewertung vor den Leistungstests regelt das Modulhandbuch.

Zu Unterabschnitt 1 (Allgemeines und Organisatorisches)

Zu § 19 (Zweck der Laufbahnprüfung)

Im derzeitigen § 14 Absatz 6 wird für das polizeispezifische Training lediglich ein Teilnahmenachweis verlangt. Auf Grund der Relevanz des polizeispezifischen Trainings für den Polizeivollzugsdienst unterliegt auch dieser Bereich nun dem Prüfungsvorbehalt und reiht sich in die Systematik der Modulprüfungen ein. Die Prüfenden sind die haupt- oder nebenamtliche Lehrkräfte der Hochschule für das polizeispezifische Training. Sie teilen die Ergebnisse dem Prüfungsamt mit.

Zu § 22 (Module mit Modulprüfungen)

Zu Absatz 1

Entspricht der neuen Regelung in § 17 Absatz 3 BLV.

Zu Absatz 2

In Modul 13 gibt es keinen Praktikumsbericht. Insofern ist die geltende Regelung fehlerhaft und wird in der neuen Fassung korrigiert.

Zu Absatz 4

Der Beendigung des Studiums wird der Klarheit wegen ein eigener Absatz gewidmet.

Zu Teil 2 (Studium)

Zu Abschnitt 3 (Laufbahnprüfung)

Zu Unterabschnitt 3 (Bachelorarbeit)

Zu § 30 (Zweck der Thesis)

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung im § 15.

Zu § 31 (Thema der Thesis)

Der Aufbau der Norm wird übersichtlicher gestaltet. Hintergrund ist, dass die Studierenden mit den zuständigen Lehrenden ein Thema besprechen und festlegen, ebenso verhält es sich mit dem Exposé. Dieses erhält das Prüfungsamt. Dort werden die Stimmigkeit und die Relevanz für einen polizeilichen Fachbereich geprüft. Im Anschluss daran wird das Thema an die Studierenden versendet und ihnen verbindlich mitgeteilt. Änderungen des Themas können danach nur in dringenden Ausnahmefällen (z.B. wenn in Pandemiezeiten Quarantäne die Datenerhebung verhindert oder wenn Sicherheitsinteressen des Bundes tangiert werden) erfolgen.

Zu § 32 (Abgabetermin und Bearbeitungszeit für die Thesis)

Zu Absatz 2

Auf Grund der ursprünglichen missverständlichen Regelung aus § 15 Absatz 3 sind die Studierenden mitunter davon ausgegangen, dass die Frist der Bearbeitung bei drei Monaten liege; der Workload bezieht sich jedoch nur auf die Fünf-Wochen-Frist. Dieser Umstand wird durch die künftige Formulierung deutlicher dargestellt.

Die vorherige Festlegung der zur Verfügung stehenden Korrekturzeit in der Vorläuferregelung des § 15 Absatz 5 Satz 5 ist wegen der früheren Bearbeitung der Bachelorarbeit während des zweiten Praktikums unnötig und entfällt.

Zu § 33 (Prüfende für die Thesis)

Zu Absatz 1

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung im § 15 Absatz 4.

Zu Absatz 2

Die Regelung wurde jetzt inhaltlich passender i. Z. m. der BA-Arbeit verortet. Die Vorgängerregelung hatte die Regelung in § 13 Absatz 5 bei den Prüfenden benannt.

Zu Absatz 3

Der Inhalt entspricht dem geltenden § 13 Absatz 4.

Zu § 34 (Betreuung bei Anfertigung der Thesis)

Es wird im Vergleich zur Vorgängerregelung (§ 15 Absatz 4) der Anspruch der Studierenden auf Betreuung durch zwei Prüfende deutlicher herausgestellt.

Zu § 35 (Freistellung vom Dienst)

Es wird im Vergleich zur Vorgängerregelung (§ 15 Absatz 3 Satz 2) der Anspruch der Studierenden auf Dienstbefreiung deutlicher herausgestellt.

Zu § 36 (Vorgaben für die Form der Thesis)

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung aus § 15 Absatz 4 Satz 2.

Zu § 37 (Abgabe der Thesis)

Zu Absatz 2

Satz 2

Diese Regelung wird insbesondere eingeführt, um eine Thesis, die VS-NfD eingestuft ist und nicht außerhalb des BKA gedruckt werden kann, wegen dauerhafter Überlastung der Druckerei und damit einhergehenden Wartezeiten noch fristwährend elektronisch abzugeben.

Zu § 38 (Bestehen der Thesis)

Zwecks Konkretisierung wird die allgemeine Regelung aus § 17 Absatz 5 der vorherigen Norm hier in Bezug auf die BA-Thesis ergänzt.

Zu § 39 (Wiederholung der Thesis)

Zu Absatz 1

Die Wiederholungsmöglichkeit der Thesis soll wie bislang auf ein Mal beschränkt werden. Die beiden sog. „Drittversuche“, die für ein Anfänger- und ein Fortgeschrittenenmodul eingeführt werden, gelten für diesen Leistungsnachweis nicht, da die Rahmenbedingungen viel mehr Spielraum für eigene thematische Interessen und die Wahl der Prüfenden zulassen.

Zu § 40 (Zulassung zur Verteidigung)

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung aus § 16.

Zu § 41 (Termin für die Verteidigung)

Zu Absatz 1

Die Zuständigkeit für die Festlegung des Termins ist derzeit nicht geregelt. Die Zuständigkeit wird nunmehr klar festgelegt.

Zu § 42 (Prüfungskommission)

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung in § 15 Absatz 6. Statt eines Absatzes ein Paragraf schafft eine bessere Übersicht. Zudem wurde die Gliederung optimiert.

Zu § 43 (Durchführung und Bestandteile der Verteidigung)

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung in § 16 Absatz 1 bis 4. Die Reihenfolge wird im Interesse der besseren Übersichtlichkeit geändert.

Zu § 44 (Zuhörerinnen und Zuhörer bei der Verteidigung)

Zu Absatz 1

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung in § 16 Absatz 5 Satz 1.

Zu Absatz 2

Der Inhalt der Vorgängerregelung in § 16 Absatz 5 Satz 2 ließ offen, wer über die Zulassung der Zuhörerinnen und Zuhörer entscheidet. Diese Lücke wird nun geschlossen.

Zu § 45 (Protokoll über die Verteidigung)

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung in § 16 Absatz 6.

Zu § 46 (Bewertung der Verteidigung)

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung in § 16 Absatz 4.

Zu § 47 (Bestehen der Verteidigung)

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung in § 17 Absatz 5.

Zu § 48 (Wiederholung der Verteidigung)

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung in § 20.

Zu § 49 (Rangpunktzahl und Note der Bachelorarbeit)

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung in § 17 Absatz 4.

Zu Unterabschnitt 4 (Weitere Prüfungsbestimmungen)

Zu § 51 (Akademischer Grad)

Zur besseren Übersicht werden die in der Vorgängerregelung in § 22 Absatz 3 zusammengefassten Ausführungen zum akademischen Grad und dem Diploma Supplement nun in getrennten Paragrafen aufgeführt.

Zu § 52 (Rangpunktzahl der Laufbahnprüfung und Gesamtnote)

In der Vorgängerregelung des § 21 wird zur Berechnung der Gesamtnote die Dauer eines Moduls nicht berücksichtigt. In der Neufassung wird das Gewicht eines Moduls im Verhältnis zu den anderen Modulen (erreichte ECTS-Punkte) berücksichtigt. Desweiteren wird hinsichtlich der einwandfreieren Anwendbarkeit dieser Regelung nachfolgend eine Beispielrechnung aufgeführt.

Zu Absatz 1

Berechnung:

Fachtheoretische Studienzeiten:

In den fachtheoretischen Studienzeiten werden die Module 1 bis 7 und 9 bis 12 durchgeführt. In jedem Modul werden die Leistungen der Studierenden mit Rangpunkten (RP) bewertet. In der fachtheoretischen Studienzeit I (Module 1 bis 7) erhält eine Studierende oder ein Studierender z. B. insgesamt 53 RP und in der fachtheoretischen Studienzeit II (Module 9 bis 12) 38 RP.

Zunächst müssen die Rangpunkte der Module der fachtheoretischen Studienzeiten mit dem Leistungspunkten des jeweiligen Moduls multipliziert werden. Diese Werte müssen addiert werden (im obigen Beispiel: 656) und schließlich durch die Summe der Leistungspunkte (82) geteilt werden.

Berechnung der durchschnittlichen Rangpunktzahl aller Module nach Gewichtung in der fachtheoretischen Studienzeit: $656 : 82 = 8$.

Für die gewichtete Berechnung der Gesamtnote multipliziert das Prüfungsamt 8 mit 65 % (Anteil fachtheoretische Studienzeit an der Gesamtnote) = 5,2 als Rangpunktzahlschnitt für die fachtheoretische Studienzeit.

Praxisintegrierende Studienzeiten:

Beispielhaft wurden in den praxisintegrierenden Studienzeiten zusammen 25 RP (Modul 8: 12 RP und Modul 13: 13 RP) erzielt.

Zunächst müssen die Einzelnoten der praxisintegrierenden Studienzeiten mit dem Leistungspunkten des jeweiligen Moduls multipliziert werden. Diese Werte müssen addiert werden (940) und schließlich durch die Summe der Leistungspunkte (75) geteilt werden.

$$940 : 75 = 12,53$$

12,35 entspricht der durchschnittlichen Rangpunktzahl der fachpraktischen Module nach Gewichtung.

Für die gewichtete Berechnung der Gesamtnote multipliziert das Prüfungsamt 12,53 mit 20 % (Anteil praxisintegrierende Studienzeit an der Gesamtnote) = 2,5 als Notenschnitt für die praxisintegrierenden Studienzeit.

Bachelorarbeit:

Für das Modul 14 (Bachelorthesis und Verteidigung) gibt es beispielhaft 13 RP. Diese Rangpunkte stellen einen 15%igen Anteil an der Gesamtrangpunktzahl. In diesem Fall wären das 1,95 Rangpunkte.

Die Gesamtrangpunktzahl setzt sich aus den oben berechneten Teilnoten zusammen. In diesem Beispiel:

1. Fachtheoretische Module (Durchschnittsnote):	5,20
2. Praxisintegrierende Module (Durchschnittsnote):	2,50
3. Bachelorarbeit – Thesis:	1,95
Gesamtnote:	9,65

Dieses Ergebnis wird in einem letzten Schritt auf 10 RP aufgerundet.

Zu § 53 (Bescheinigung über die erbrachten Studienleistungen)

Neben dem Diploma Supplement erhalten die Studierenden in englischer Sprache das Transcript of Records. Die Studierenden haben in jeder Studienphase Anspruch auf eine Bescheinigung ihres konkreten Leistungsstandes. Die Regelung entspricht den europäischen Hochschulstandards und fehlte in § 22 Absatz 1 und 2 der Vorgängerregelung.

Zu § 54 (Abschlusszeugnis und Diploma Supplement)

Die Vorgängerregelung aus § 22 Absatz 3 wurde um den Anspruch des Studenten auf die Ausstellung des Diploma Supplement ergänzt.

Zu § 55 (Bescheid bei Nichtbestehen der Laufbahnprüfung)

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung aus § 22 Absatz 4.

Zu § 56 (Prüfungsakten und Einsichtnahme)

In der Vorgängerregelung § 23 fehlt die ausdrückliche Pflicht zum Führen der Prüfungsakten durch das Prüfungsamt. Diese wurde in der ansonsten inhaltsgleichen Neuregelung mit aufgenommen.

Zu Abschnitt 4 (Anerkennung anderer Studien- und Prüfungsleistungen)

Zu § 57 (Voraussetzungen für die Anerkennung)

Gegenüber der Vorgängerregelung in § 24 müssen die anzuerkennenden Studienleistungen nicht mehr gleichwertig sein. Es ist nunmehr einzig entscheidend, dass kein wesentlicher Unterschied zwischen der anzuerkennenden Studienleistung und der zu erbringenden Leistung festgestellt werden kann. Die Grundsätze der Anerkennung werden damit großzügiger und der Bologna-Gedanke von Transparenz in einem einheitlichen europäischen Hochschulraum wird bekräftigt und umgesetzt.

Zu Teil 3 (Kriminalpolizeifachliche Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“)

Zu Abschnitt 1 (Auswahlverfahren für die kriminalpolizeifachliche Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“)

Zu § 58 (Auswahlverfahren und Zulassung zum Auswahlverfahren)

Der Inhalt entspricht der Vorgängerregelung aus § 6 Absätze 1 bis 3.

Zu Abschnitt 2 (Inhalt der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung für eine Verwendung im Bereich „Cyberkriminalität“)

Zu § 60 (Ziel der kriminalpolizeifachlichen Qualifizierung und Dauer)

Zu Absatz 1

Es wird der Bedrohung im Cyberraum durch kriminalpolizeiliche Qualifizierung entsprechend wissenschaftlich vorgebildetem Personal (MINT-Studiengänge) begegnet. Diese erhalten im Rahmen der Qualifizierungsmaßnahme alle für den Polizeivollzugsdienst erforderlichen Kompetenzen.

Zu § 67 (Praktische Prüfungen)

Die polizeispezifischen Trainings vermitteln die Grundlagen der körperlichen Techniken des Polizeiberufs sowie des Umgangs mit der Waffe. Diese sind essentielle Grundlagen des Polizeiberufes. Das Erlangen dieser Erkenntnisse wird abschließend geprüft. Die Prüfungen sind nicht benotet, sondern werden auf Grundlage des Modulhandbuchs nach „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. Eine mehr als dreimalige erfolglose Prüfung führt zur Entlassung, da dann das Studium insgesamt nicht erfolgreich abgeschlossen werden kann. Die Prüfungsinhalte im Einzelnen und eine Zwischenbewertung vor den Leistungstests regelt das Modulhandbuch.

Zu Teil 4 (Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“)

Zu Abschnitt 1 (Auswahlverfahren für die Qualifizierungsmaßnahme „Ausbildungsverkürzung“)

Zu § 94 (Ziel der Qualifizierungsmaßnahme)

Dem wissenschaftlich vorgebildeten Personal soll die Möglichkeit gegeben werden, den Einstieg in die Laufbahn des gehobenen Kriminaldienstes beim BKA in einer kürzeren Zeit zu erlangen. Hierdurch soll der Kriminaldienst beim BKA für diesen Personenkreis attraktiver und damit der Bewerberkreis vergrößert werden.

Zu § 95 (Dauer der Qualifizierungsmaßnahme)

Zu Absatz 1

Die polizeispezifischen Trainings vermitteln die Grundlagen der körperlichen Techniken des Polizeiberufs sowie des Umgangs mit der Waffe. Diese sind essentielle Grundlagen des Polizeiberufes. Das Erlangen dieser Befähigungen wird abschließend geprüft. Die Prüfungen werden nicht benotet, sondern nach den Vorgaben des Modulhandbuchs nach „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. Eine mehr als dreimalige erfolglose Prüfung führt zur Entlassung, da dann das Studium insgesamt nicht erfolgreich abgeschlossen werden kann. Die Prüfungsinhalte im Einzelnen und die Zwischenbewertung vor den Leistungstests regelt das Modulhandbuch.

Zu Teil 5 (Verhinderung und Ordnungsverstöße bei Prüfungen)

Zu § 125 (Verhinderung bei einer Prüfung oder einem Prüfungsteil)

Zu Absatz 5

Diese Regelung entspricht inhaltlich im Wesentlichen der Vorgängerregelung in § 18 Absatz 2. Die Ergänzung des Satzes 2 dient der Verdeutlichung der Anforderungen bei Prüfungsunfähigkeit, die konkret durch ärztliches Attest nachgewiesen werden muss. Derzeit bedarf es keiner Begründung, warum eine Prüfungsunfähigkeit vorlag. Das wurde zum Teil extensiv ausgelegt.

Zu § 126 (Ordnungsverstöße bei einer Prüfung oder einem Prüfungsteil)

Die Bestimmungen aus § 19 der vorherigen Regelung wurden auf das Studium und die Qualifizierungsmaßnahmen übertragen.

Zu Artikel 2 (Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den höheren Kriminaldienst des Bundes)

Kommentierungen (v. Roetteken, BGleG, 17. Auflage, § 7, Rdnrn. 163–182) und OLG-Rechtsprechung (LAG Hamm, Urteil vom 01.06.2017 – 11 Sa 1023/16 –) weisen bezüglich

Auswahlkommissionen darauf hin, dass die Gleichstellungsbeauftragte eine paritätische Besetzung verlangen kann und eine Abweichung nur ausnahmsweise, wenn sie zwingend oder evident erforderlich ist, zulässig ist. Unter diese Ausnahme fällt nicht die ungerade Anzahl von Auswahlkommissionensmitgliedern.

Durch die vorgenommene Änderung wird das BKA in die Lage versetzt, hier zukünftig rechtssicher die Auswahlkommissionen geschlechterparitätisch zu besetzen. So soll es die Kommission mit mindestens zwei Personen geschlechterparitätisch besetzen und kann bei Bedarf geschlechterparitätisch besetzt auf z. B. vier oder sechs Personen aufstocken.

Die Auswahlkommission bewertet die Leistungen sitzungsbegleitend anhand eines zuvor festgelegten Kriterienkataloges mit einer entsprechenden Punktzahl. Für ein erfolgreiches Auswahlgespräch ist eine zuvor festgelegte Punktzahl zu erreichen.

Das BKA plant diese Regelung spätestens nach drei Jahren zu evaluieren.

Die Übergangsregelungen aus § 10 galten für die Ausbildungsaufstiege bis zum 31. Dezember 2013 und 31. Mai 2009 und sind somit obsolet.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

Wegen des Ausbildungsbeginns der Vorbereitungsdienste „Ausbildungsverkürzung“ und „Cyberkriminalität“ zum 1. April 2020 soll die neue GKrimDVDV mit Ausnahme des § 28 rückwirkend zu diesem Datum in Kraft treten. Vertrauensschutzgesichtspunkte sind hier nicht tangiert, da keine verschärfenden Regelungen ggü. der Vorgängerregelung Anwendung finden. § 28 wird von dem rückwirkenden Inkrafttreten ausgenommen, da sonst Beamtinnen und Beamte, die bereits vor dem 1. April 2020 durchgefallen und entlassen worden sind, auf Zulassung zu einer weiteren Wiederholungsprüfung klagen könnten.